

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1981

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Zehn Jahre Krankenhausautomation	151	Mit einem maschinellen Verfahren für die stationäre und ambulante Leistungsabrechnung begann Ende Juni 1971 die Krankenhausautomation in Rheinland-Pfalz. Der Aufsatz schildert die Entwicklungsphasen, zieht Zwischenbilanz, analysiert den Nutzen und geht auf die Perspektiven ein.
Studenten 1980/81	155	Die Gesamtzahl der Studenten in Rheinland-Pfalz hat im Wintersemester 1980/81 mit 42 220 ihren bisher höchsten Stand erreicht. Vier Fünftel von ihnen waren an wissenschaftlichen Hochschulen, die übrigen an Fachhochschulen eingeschrieben.
Haushalte und Familien 1980	160	Die Darstellung von Ergebnissen über Haushalte und Familien aus der Mikrozensus-Befragung 1980 wird ergänzt durch Vergleichszahlen der Volkszählungen 1961 und 1970.
Straßenverkehrsunfälle 1975 bis 1980	165	Die starke Zunahme der Straßenverkehrsunfälle mit schwerem Sachschaden bei gleichzeitiger Stagnation der Häufigkeit von Unfällen mit Personenschaden weist auf eine durch technische Vorkehrungen bewirkte Risikoverminderung im Unfallgeschehen hin.
Baulandmarkt 1976 bis 1980	171	In Wohngebieten wird der Baulandmarkt durch vermehrten Flächenumsatz und steigende Preise bestimmt. In Dorfgebieten zeigt sich sowohl beim Grunderwerb als auch bei den durchschnittlichen Grundstückserlösen eine rückläufige Tendenz.
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes



Rheinland- Pfalz

heute

Jetzt vorbestellen!



Erscheint

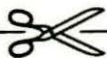
im September 1981

1981

Der vierfarbige Prospekt "Rheinland-Pfalz heute" dient der Schnellinformation. Er gibt auf 20 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Eckwerte aus den Bereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat; außerdem Vergleichszahlen der Flächenländer und des Bundesgebiets.

Neu aufgenommen ist eine Tabelle zum Thema Internationales Jahr der Behinderten.

493/81



50 Pf.
Porto

An das
Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz
Postfach
5427 BAD EMS

Bestellkarte

Ich bestelle Ex.
Rheinland - Pfalz heute – 1981
zum Preis von 60 Pfennig
ab 100 Ex. 40 Pfennig

Name / Dienststelle / Firma:
.....
.....
.....
()
.....
..... (Datum) (Unterschrift)

Zehn Jahre Krankenhausautomation

Rheinland-Pfalz war das erste Bundesland, das den Krankenhäusern ein einheitliches maschinelles Verfahren zur ambulanten und stationären Leistungsabrechnung anbieten konnte. Heute, rund zehn Jahre nach der Vorstellung dieses Programmpakets durch den Minister für Soziales, Gesundheit und Sport in den Städtischen Krankenanstalten Idar-Oberstein, stehen mit FINK (Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern), KREK (Kreditorenbuchhaltung in Krankenhäusern), KOLK (Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern), MAIK (Anlagenbuchhaltung in Krankenhäusern) und MARK (Materialbuchhaltung in Krankenhäusern) fünf weitere, größtenteils unter Federführung des Statistischen Landesamtes in Bund/Länder-Kooperation entwickelte Automationsverfahren für das Rechnungswesen der Krankenhäuser zur Verfügung.

Das Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes erledigt die zentrale Verarbeitung der Geschäftsvorfälle für die Krankenhäuser. Hier sind alle staatlichen Krankenhäuser und mehr als 95% der Bettenkapazität der kommunalen Krankenhäuser an mindestens eines dieser einheitlichen DV-Verfahren angeschlossen. mt

Mehr über dieses Thema auf Seite 151

Knapp 42 200 Studenten im Sommersemester 1981

Im Sommersemester 1981 sind an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz 42 180 Studenten (ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten) immatrikuliert. Das sind 3 815 Studierende oder 9,9% mehr als im Sommersemester 1980. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die neu gegründeten Verwaltungsfachhochschulen (Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Eisenbahnwesen in Mainz und Fachhochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg) mit rund 1 000 Studenten erstmals in die Studentenstatistik einbezogen wurden. Ohne Berücksichtigung der Studentenzahlen der Verwaltungsfachhochschulen beträgt die Wachstumsrate 7,3%. Der Anteil der Frauen liegt bei 39,2% (16 528). 1 932 Studenten (4,6%) sind Ausländer.

69,7% der Studenten (29 384) haben sich an den rheinland-pfälzischen Universitäten eingeschrieben, es folgen die Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) mit 20,3% (8 545). 5,8% (2 451) studieren an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule des Landes Rheinland-Pfalz, 2,4% (1 009) an den Verwaltungsfachhochschulen, 1,1% (445) an den theologischen Hochschulen und 0,8% (346) an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Im Sommersemester 1981 haben insgesamt 1 670 Studenten ihr Studium begonnen. Von den Studienanfängern sind 42,2% Frauen (705) und 6,8% Ausländer (113). we

Studentenzahl stieg innerhalb von fünf Jahren um 16,8%

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Wintersemester 1980/81 insgesamt 42 220 Studenten immatrikuliert, vier Fünftel von ihnen an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten, Hochschule für Verwaltungswissenschaften, theologische Hochschulen, Erziehungswissenschaftliche Hochschule), die übrigen an Fachhochschulen. 40 279 waren Deutsche und 1 941 bzw. 4,6% Ausländer. Der Anteil der Frauen lag bei 39,5%.

Zum Wintersemester 1980/81 nahmen 6 905 Studenten ihr Studium auf, darunter 42,8% Frauen. Der Anteil der Ausländer bei den Studienanfängern betrug 5,8%.

Seit dem Wintersemester 1975/76 hat die Gesamtzahl der Studenten um 16,8% zugenommen, wobei die Zuwachsrate bei den Frauen mit 21,2% wesentlich höher war als bei den Männern (14,1%). Während die Universitäten, theologischen Hochschulen und Fachhochschulen in den letzten fünf Jahren stets Zuwachsraten verzeichneten, war die Studentenzahl an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule wegen der verminderten Einstellungschancen von Bewerbern für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen rückläufig.

Die Zahl der Studienanfänger hat sich in den letzten fünf Jahren nur geringfügig erhöht (+ 0,6%). Zunahmen an Universitäten und theologischen Hochschulen stehen Rückgänge an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und den Fachhochschulen in gleicher Weise gegenüber. we

Mehr über dieses Thema auf Seite 155

Studienbereitschaft wieder gestiegen

Bei der Anfang des Jahres durchgeführten Erhebung über die Studien- und Berufswünsche der Schüler und Schülerinnen in den Abschlußklassen der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen zeigte sich, daß das Interesse an einem Studium wieder zugenommen hat. Von 13 448 befragten Schülern und Schülerinnen äußerten 9 674 (71,9%) die Absicht, ein Studium aufzunehmen. Im Vorjahr waren von 10 726 Befragten nur 7 236 (67,5%) an einem Studium interessiert. Der Anteil der Studienwilligen lag bei den Absolventen der Fachoberschulen bei 76,7% (1 996 von 2 604) weitaus höher als bei den Abiturienten mit 70,8% (7 678 von 10 844). Nicht studieren wollten zum Zeitpunkt der Erhebung 1 442 (10,7%) der Befragten gegenüber 1 214 (11,3%) im Vorjahr. Unentschieden, ob sie sich für ein Studium oder eine Berufsausbildung entscheiden sollten, waren 2 332 (17,3%). Vor Jahresfrist betrug ihr Anteil noch 21,2% (2 276).

Im Bundesgebiet hatten 68,7% der Schüler und Schülerinnen in den Abschlußklassen die Absicht zu

studieren, unentschlossen waren 21,3%, ohne Studienabsicht 10%.

Bei den männlichen Befragten wurde mit 76,2% (5 703) ein wesentlich höherer Anteil an Studienwilligen als bei den weiblichen mit 66,6% (3 971) festgestellt. Dagegen waren die Anteile der weiblichen Entlaßschüler mit 17,7% (1 054) bei den Unentschlossenen und mit 15,8% (941) bei den Befragten ohne Studienabsicht höher als bei den männlichen Schülern. Hier hatten die Unentschlossenen einen Anteil von 17,1% (1 278) und die Befragten ohne Studienabsicht von 6,7% (501). we

Wieder mehr Ehescheidungen

Im Jahre 1980 wurden 5 579 Ehen rechtskräftig geschieden. Die Zahl der Ehescheidungen lag damit um 3% über dem Vorjahr (5 413). Der bisherige Höchststand wurde vor der Reform des Scheidungsrechtes im Jahre 1975 mit 6 357 Scheidungen verzeichnet.

In 3 201 Fällen (57%) beantragte die Ehefrau das Verfahren, in 1 652 (30%) Fällen der Mann. 46% der Ehen sind im beiderseitigen Einvernehmen geschieden worden. Den Scheidungen gegen den Willen eines Partners ging in 31% der Fälle eine einjährige Trennungszeit voraus; bei 16% bestand die Trennung nicht einmal ein Jahr; 334 Ehen wurden erst nach drei Jahren der Trennung geschieden.

913 (16%) der geschiedenen Ehepartner hatten das gleiche Alter. In 71% der Fälle war der Mann und in 13% die Frau älter.

4 845 Kinder wurden von der Scheidung ihrer Eltern betroffen; 127 stammten aus Ehen mit fünf und mehr Minderjährigen zum Zeitpunkt der Scheidung.

Fast ein Drittel der geschiedenen Ehen bestand keine fünf Jahre, etwa 27% wurden nach zehn Jahren geschieden. Die längste Ehedauer betrug 55 Jahre. Gut zwei Fünftel der Geschiedenen standen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. nö

In den letzten zehn Jahren nahmen die Einpersonenhaushalte um gut 38% zu

Im April 1980 gab es in Rheinland-Pfalz 1 359 900 Haushalte, fast 12% mehr als vor zehn Jahren und rund 22% mehr als 1961. Der starke Anstieg ist in erster Linie auf die überdurchschnittliche Zunahme bei Ein- und Zweipersonenhaushalten zurückzuführen. So ist die Zahl der Einpersonenhaushalte im letzten Jahrzehnt um 90 800 bzw. gut 38% gestiegen. Im gleichen Zeitraum nahmen die Haushalte mit zwei Personen um fast 24% zu. Drei- und Vierpersonenhaushalte nahmen ebenfalls, wenn auch unterdurchschnittlich, zu, während die Zahl der Haushalte, in denen fünf oder mehr Menschen zusammenlebten, um mehr als 29% auf 144 100 zurückging. Die durchschnittliche Haushaltsgröße, die 1961 noch 3,1 Personen betragen hatte, reduzierte sich 1970 auf 3 und 1980 auf 2,7 Personen.

Die starke Zunahme der Einpersonenhaushalte zwischen 1970 und 1980 wirkte sich nicht auf alle Altersgruppen gleich stark aus. Bei den unter 25jährigen war der Anstieg mit über 80% am stärksten, gefolgt von den 25 bis 30 Jahre alten allein lebenden Personen mit einem Plus von gut 71%. Einen weit überdurchschnittlichen Anstieg verzeichneten auch die Einpersonenhaushalte von Menschen im Rentenalter. Im April 1980 lebten 181 500 ältere Menschen allein, fast 64% mehr als zehn Jahre zuvor. Gleichzeitig stieg ihr Anteil an der Gesamtzahl der Einpersonenhaushalte von nicht ganz 47% im Jahre 1970 auf über 55% 1980. Die Zahl der Zweipersonenhaushalte, deren Haushaltsvorstand unter 25 Jahre alt war, hat sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Es folgen die Haushalte der 25- bis 35jährigen mit einer Steigerungsrate von gut 56%. Die Zahl der Haushalte mit zwei Personen, deren Haushaltsvorstand im Rentenalter war, stieg um knapp 28%. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 160

3 473 Neuzugänge an Asylsachen bei den Verwaltungsgerichten

Im Jahre 1980 verzeichneten die Verwaltungsgerichte 10 610, das Oberverwaltungsgericht 2 014 Neuzugänge an Streitsachen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (8 620) um 46% ist hauptsächlich auf die starke Zunahme der Asylsachen (1980: 3 473) zurückzuführen. Von den insgesamt 20 051 anhängigen Verfahren wurden im Laufe des Jahres 10 231 (51%) erledigt.

Die erledigten Streitsachen betrafen vornehmlich folgende Rechtsgebiete: Abgaben- und Gemeindefinanzrecht (2 746 Fälle = 26,8%), Schul- und Hochschulrecht (1 715 = 16,8%), Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (1 123 = 11%) sowie Wehrrecht (808 = 7,9%).

Die Behörde obsiegte in 6 650 Fällen (65%), sie unterlag in 1 821 (18%) Verfahren. In weiteren 1 760 erledigten Verfahren war sie teils obsiegend, teils unterlegen.

Stark die Hälfte der erledigten Streitsachen war bis zu sechs Monaten anhängig, 16% bis zu einem Jahr und 26% bis zu drei Jahren. Bei 287 (3%) Verfahren betrug die Verfahrensdauer mehr als drei Jahre. nö

42 600 Wohngeldempfänger im März 1981

Im März 1981 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 42 579 Empfänger von Wohngeld. Das sind 2,8% weniger als im März des Vorjahres. Von ihnen erhielten 38 992 Miet- und 3 587 Lastenzuschüsse. Der weitaus größte Teil der im ersten Quartal 1981 erledigten Bearbeitungsfälle waren Wiederholungsanträge (74%), etwa 12% Erstanträge. Die ausgezahlten Wohngeldbeträge erhöhten sich gegenüber den Monaten Januar bis März 1980 um 19% auf 18,4 Mill. DM. ne

3 677 Pflegekinder

Die rheinland-pfälzischen Jugendämter führten Ende 1980 die Aufsicht über 3 677 Pflegekinder, die sich außerhalb ihres Elternhauses in Familienpflege befanden. Das sind 208 oder 6% Minderjährige mehr als im Jahre 1979. Daneben bestanden 18 545 Amtspflegschaften, deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um 275 oder 1,5% angestiegen ist. Leicht rückläufig war die Zahl der Amtsvormundschaften, welche von 4 529 auf 4 512 absank.

Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 538 Kinder zur Adoption freigegeben. Während die zur Adoptionsvermittlung vorgemerkten Fälle (172) um 3% zunahmen, haben sich die Adoptionsstellen, für die noch kein Minderjähriger vorgeschlagen werden konnte, um 20 auf 1 097 verringert. Die Zahl der Jugendlichen in vorläufiger und endgültiger Fürsorgeerziehung ging von 211 auf 166 zurück.

Weiter rückläufig war auch die Zahl der Minderjährigen, die von der freiwilligen Erziehungshilfe Gebrauch machten (1 117). 102 Jugendliche nutzten die Möglichkeit einer schulischen bzw. beruflichen Förderung im Rahmen der Fürsorgeerziehung oder der freiwilligen Erziehungshilfe (§ 75 a Jugendwohlfahrtsgesetz). In Fürsorgeerziehung oder freiwilliger Erziehungshilfe befanden sich Ende 1980 insgesamt 1 273 Jugendliche.

Im Jahre 1980 wurden 334 Mill. DM für die Jugendhilfe ausgegeben, das sind 11% mehr als im Vorjahr. An diesen Ausgaben waren die Zuschüsse für die Träger der freien Jugendhilfe mit 39% beteiligt.

Die Einnahmen stiegen seit 1979 um 6,1% auf 24 Mill. DM. Sie deckten die Ausgaben zu 7,2%. ki

Zahl der Bewährungs- und Führungsaufsichten gestiegen

Am 31. Dezember 1980 standen in Rheinland-Pfalz 5 026 Personen unter Bewährungsaufsicht und 251 Personen unter Führungsaufsicht. Gegenüber dem Vorjahr (4 709 bzw. 200 Fälle) stieg die Zahl der Unterstellungen um 7 bzw. 26%. Die Betreuung der Probanden oblag 83 Bewährungshelfern. Das entspricht einer durchschnittlichen Anzahl von 64 (1979: 68) Unterstellungen je Bewährungshelfer.

2 712 Unterstellungen erfolgten nach allgemeinem Strafrecht. Von den 2 314 nach Jugendstrafrecht Unterstellten wurde in 1 517 Fällen (66%) die gesamte Jugendstrafe gem. § 21 JGG zur Bewährung ausgesetzt.

Im Jahre 1980 endeten 1 651 Unterstellungen. Bei knapp zwei Drittel der Fälle war die Bewährungszeit abgelaufen, bei 33% erfolgte aufgrund einer neuen Straftat der Widerruf der Bewährungsaufsicht. nö

kurz + aktuell

Produktion bis Mai auf Stand des Vorjahres

Die Produktion von Industrie und Handwerk verzeichnete im Mai 1981 einen Rückgang um 0,9%. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (— 6,1%) zurückzuführen, insbesondere auf die chemische Industrie (—11%). Im Verbrauchsgüterbereich lag die Produktion um 2,3% niedriger. Der Investitionsgütersektor hingegen konnte den Ausstoß gegenüber dem Vormonat um 9,2% erhöhen, und auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erzielte ein leichtes Plus von 0,7%.

Im Gegensatz zu der Entwicklung gegenüber dem Vormonat wurde die Produktionsleistung vom Mai 1980 deutlich übertroffen (+ 4,7%). Im bisherigen Jahresverlauf wurde die gleiche Produktionsleistung wie in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erreicht. fn

Auslandsnachfrage im Mai über Vorjahresniveau

Die Auftragseingänge bei Industrie und Handwerk haben im Mai 1981 gegenüber dem Vormonat saisonalbedingt leicht abgenommen (— 1,3%). Im Vergleich zum Mai 1980 nahmen die Bestellungen dagegen deutlich zu (+ 6,2%). Ausschlaggebend war die stark gestiegene Auslandsnachfrage (+ 28%). Die Auftragseingänge aus dem Inland blieben unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats (— 4,5%).

Die günstigste Entwicklung verzeichnete der Investitionsgüterbereich mit Steigerungsraten von 4,8 bzw. 22% gegenüber April 1981 bzw. Mai 1980. Auch hier war das Auslandsgeschäft mit Zunahmen von 12 bzw. 39% maßgeblich beteiligt. fn

Frankreich weiterhin wichtigster Außenhandelspartner für Rheinland-Pfalz

Wie in den Vorjahren war auch 1980 Frankreich der wichtigste Außenhandelspartner für Rheinland-Pfalz. Es wurden Güter im Werte von 3 Mrd. DM nach Frankreich exportiert, 17% mehr als 1979. Die Einfuhren aus Frankreich beliefen sich auf 2,4 Mrd. DM (+ 20%).

Sieben Achtel der Exporte und zwei Drittel der Importe waren Fertigerzeugnisse. Die wichtigsten Exportgüter waren Kraftfahrzeuge (567 Mill. DM), Maschinen (533 Mill. DM), Kunststoffe (323 Mill. DM) und chemische Vorerzeugnisse (307 Mill. DM).

Unter den Importen aus Frankreich befanden sich für 479 Mill. DM Güter der Ernährungswirtschaft. Auf Wein entfiel ein Anteil von 31%. Andere wichtige Einfuhrposten waren Maschinen (18%), elektrotechnische Erzeugnisse (9%), Kunststoffe (6%), chemische Vorerzeugnisse (6%) und Kraftfahrzeuge (5%). Der rheinland-pfälzische Außenhandelsüberschuß gegenüber Frankreich betrug 1980 knapp 614 Mill. DM (1979: 578 Mill. DM). wb

Zehn Jahre Krankenhausautomation

Betriebswirtschaftliche DV-Verfahren im Krankenhaus

Rechtsgrundlagen

Gesetzliche Grundlage der Krankenhausautomation in Rheinland-Pfalz ist das Krankenhausreformgesetz (KRG) vom 29. Juni 1973. Nach § 27 des Gesetzes sind die Krankenhäuser verpflichtet, sich zur Erfassung und Verarbeitung der Daten einem einheitlichen Verbundsystem der Datenverarbeitung anzuschließen. Das Land stellt ein geeignetes Datenverarbeitungsverfahren zur Verfügung und ermöglicht dessen Durchführung in einem Rechenzentrum. Gemäß Beschluß des Interministeriellen Ausschusses für Integrierte Datenverarbeitung vom 26. Juni 1978 und Erfaß der Landesregierung vom 6. Oktober 1978 ist das Statistische Landesamt mit der Verfahrens- und Programmentwicklung, der Verfahrens- und Programmpflege, der Verfahrenseinführung und der laufenden Verarbeitung für die Landeskrankenhäuser, kommunalen Krankenhäuser, Universitätskliniken und öffentlichen Krankenhäuser anderer Rechtsformen in Rheinland-Pfalz beauftragt.

Der Vollzug der Krankenhausautomation in Rheinland-Pfalz ist unter der Bezeichnung „Bad Emser Modell“ gekennzeichnet durch die

- bundeseinheitliche zentrale Verfahrens- und Programmentwicklung
- bundeseinheitliche zentrale Verfahrens- und Programmpflege (ZVP)
- landeseinheitliche zentrale Verfahrensdurchführung (Produktion) im Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes als Service-Rechenzentrum
- zentrale dv-mäßige und fachliche Schulung und Betreuung der angeschlossenen Krankenhäuser.

Entwicklungsphasen

Vorstellung des Projektes im Juni 1971

Am 28. Juni 1971 stellte der Minister für Soziales, Gesundheit und Sport, das maschinelle Verfahren für stationäre und ambulante Leistungsabrechnung in den Städtischen Krankenanstalten Idar-Oberstein vor. Damit war Rheinland-Pfalz das erste Bundesland, das den Krankenhäusern ein einheitliches Abrechnungungsverfahren anbieten konnte. Ein von der Landesregierung eingesetzter Projektausschuß hatte diese Musterlösung, die als Modellversuch auch in den Städtischen Krankenhäusern Diez und Neustadt erprobt worden war, konzipiert.

Zwischenbilanz

Bei der Vorstellung des Projekts war es bereits das Ziel der Landesregierung, das vorgestellte EDV-Verfahren zu einem Krankenhausinformationssystem auszubauen, das nicht nur die Krankenhausverwaltung sondern auch den medizinischen Bereich umfassen sollte. Im Hinblick auf die zu erwartenden gesetzlichen Regelungen für das Rechnungswesen der Krankenhäuser konzentrierte sich die Projektentwicklung zunächst auf den administrativen Bereich.

Da die zu lösenden Probleme bundesweit für alle Krankenhäuser gleich sind und eine Minimierung der Projektentwicklungskosten für den einzelnen Benutzer nur durch kooperatives Vorgehen aller Betroffenen erreichbar ist, suchte Rheinland-Pfalz für die weiteren Projektstufen das Interesse des Bundes, der übrigen Länder, der Kirche, der Krankenhausgesellschaften der Kassen und einer Reihe mit der EDV im Gesundheitswesen befaßter Institutionen der öffentlichen Hand zu gewinnen. So wurde Ende 1971 eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe Automation im Krankenhaus unter Vorsitz des Statistischen Landesamtes damit beauftragt, Krankenhausverwaltung und medizinischen Bereich auf mögliche Gemeinschaftsprojekte hin zu untersuchen. Aus einer Vielzahl von Vorhaben gab die Arbeitsgruppe dem Projekt Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung als erstem Baustein eines Gesamtkonzepts Integriertes Rechnungswesen im Krankenhaus den Vorrang. Die Durchführung beider Teilprojekte, die - wie auch die nachfolgenden Bund/Länder-Verfahren - etwa je zur Hälfte aus Mitteln des Bundes und Leistungen der beteiligten Länder und Institutionen finanziert wurden, erfolgte im Statistischen Landesamt.

Die Arbeiten zum ersten Projektabschnitt, dem Verfahren Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern (FINK) konnten nach bundesweitem Modellversuch Ende 1975 abgeschlossen werden. Im Bundesgebiet nutzen inzwischen mehrere hundert Krankenhäuser dieses Programmpaket. Das zweite Teilprojekt Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern (KOLK) steht seit Ende 1978 für den Breitereinsatz zur Verfügung.

Als dv-mäßig und inhaltlich eng mit FINK und KOLK verflochtene weitere Elemente des Gesamtkonzepts Integriertes Rechnungswesen im Krankenhaus vergab die Bund/Länder-Arbeitsgruppe 1975 die Entwicklung

eines maschinellen Verfahrens Anlagenbuchhaltung im Krankenhaus (MAIK) an die Kirchliche Gemeinschaftsstelle für EDV (KIGST) in Frankfurt und die Realisierung eines Projektes Materialwirtschaft in Krankenhäusern (MARK) an die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB). Auch an der Entwicklung dieser beiden - bereits im Routineeinsatz bzw. in der organisatorischen Vorbereitung befindlichen - Automationsverfahren war das Statistische Landesamt beteiligt. Das jüngste gemeinsam finanzierte Projekt ist das Verfahren Kreditorenbuchhaltung in Krankenhäusern (KREK), das als Dialoglösung in den mit Terminals arbeitenden Krankenhäusern die bisherige Kreditorenbuchhaltung ersetzen soll.

Um auch nach Abschluß der Projektentwicklung bundesweit die Vergleichbarkeit der Ergebnisse und die Minimierung der Folgekosten für das einzelne Krankenhaus sicherzustellen, hat die Bund/Länder-Arbeitsgruppe Automation im Krankenhaus eine zentrale Verfahrens- und Programmpflege für das Rechnungswesen im Krankenhaus (ZVP) eingerichtet. Ein Arbeitskreis steuert die durch Gesetzesänderungen bedingten oder von den Krankenhäusern beantragten Verfahrensfortschreibungen. Die Kosten werden von den Beteiligten getragen.

Zuständig für die Arbeitsdurchführung sind zentrale Programmiergruppen bei den für die Verfahrensentwicklung verantwortlichen Stellen. Für die bundeseinheitliche Pflege der genannten Automationsverfahren hat die ZVP bislang bereits mehr als 30 Mannjahre investiert.

Auf Landesebene ergab sich, insbesondere bedingt durch den technologischen Fortschritt auf dem Gebiet der Datenerfassung, schon bald nach der Vorstellung des Verfahrens zur stationären und ambulanten Leistungsabrechnung im Juni 1971 die Notwendigkeit zur Entwicklung eines neuen Programmpaketes. Für den erstgenannten Teilbereich konnte dem Bedarf durch den Kauf des bundesweit in mehreren hundert freigeinnützigen Krankenhäusern bewährten Verfahrens der KIGST durch das Land Anfang 1974 entsprochen werden. Für die ambulante Leistungsabrechnung erfolgte gemeinsam mit der KIGST eine Neuentwicklung, die Mitte 1978 für den Breitereinsatz zur Verfügung stand. Die praktische Erprobung aller neuen Automationsverfahren konnte stets in den Städtischen Krankenanstalten in Idar-Oberstein erfolgen.

Über das hiesige Rechenzentrum sind mittlerweile alle staatlichen Krankenhäuser einschließlich des Universitätsklinikums in Mainz und über 95% der Bettenkapazität des kommunalen Krankenhausbereichs an mindestens eines der Datenverarbeitungsverfahren des Landes angeschlossen.

Perspektiven

Mit den in den letzten zehn Jahren realisierten Automationsverfahren ist der administrative Krankenhausbereich weitgehend abgedeckt. Das Leistungsangebot wird voraussichtlich 1985 durch das maschinelle Verfahren Ambulante und stationäre Leistungsabrech-

nung im Krankenhaus- und Heimbereich (AMSL) abgerundet werden können, das unter der Federführung der KIGST entsteht.

Mit Ausnahme von AMSL liegt der fachliche Schwerpunkt der DV-Projektentwicklungen für die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser nunmehr auf dem medizinischen Sektor.

Das erste bundeseinheitliche Vorhaben ist die Befunddokumentation und Arztbriefschreibung im Krankenhaus (BAIK), die sich bereits im Modellversuch befindet. In Rheinland-Pfalz wird dieses Verfahren in den Städtischen Krankenanstalten Idar-Oberstein und im Kreiskrankenhaus Sankt Elisabeth in Mayen getestet.

Die Diagnosedokumentation im Krankenhaus (DIDOK) soll als Nachfolgeprojekt bearbeitet werden. Auf Landesebene arbeitet das Statistische Landesamt in Kooperation mit den Fachärzten der kommunalen Krankenhäuser in Altenkirchen, Idar-Oberstein, Kaiserslautern, Ludwigshafen und Mayen ferner an der Bereitstellung eines einheitlichen automatisierten Laborsystems. Es soll durch die Einrichtung einer DV-Schnittstelle zu KOLK gleichzeitig maßgeblich zur Reduzierung der manuellen Erfassung von Leistungsdaten für die Kosten- und Leistungsrechnung beitragen.

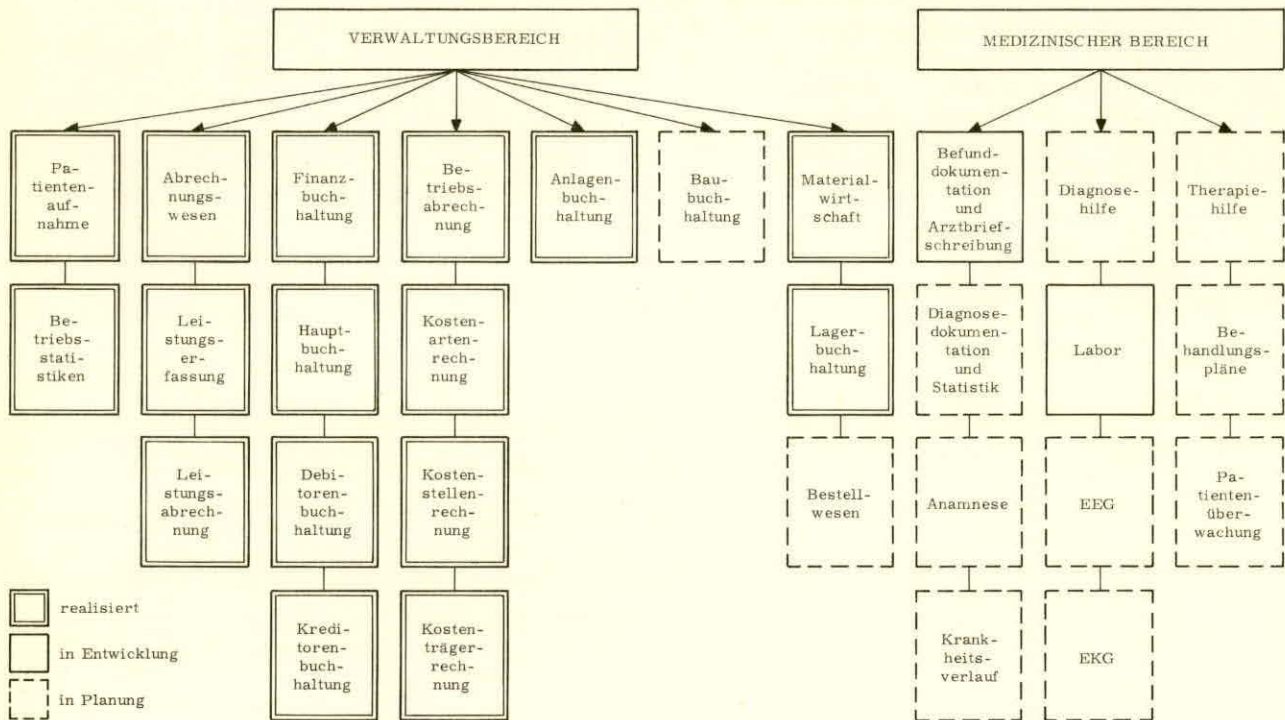
Parallel zu den fachbezogenen Einzelprojekten wird an einem landeseinheitlichen Konzept über die mittel- und langfristige DV-Struktur der Krankenhausautomation in Rheinland-Pfalz gearbeitet. Im Mittelpunkt dieses Konzeptes steht die Rechnerkonfiguration für die zukünftige Abwicklung der Automationsverfahren in Form einer arbeitsteiligen Verbundlösung zwischen den Krankenhäusern (teilweise Vor-Ort-Lösung) und dem Rechenzentrum (Verbleib bestimmter Arbeiten auf dem Hintergrundrechner). Ein weiterer Ansatz ist die Entwicklung eines DV-gestützten krankenhaus-internen Kommunikationssystems.

Methodisch-technische Lösung

Im Zuge der routinemäßigen Verfahrensanwendung obliegt den Krankenhäusern die Erfassung der Daten, deren Transport ins Rechenzentrum und die Auswertung des gelieferten Outputs. Die Verarbeitung der Daten erfolgt nach einem mit den Krankenhäusern abgestimmten Terminplan zur Zeit noch ausschließlich in Bad Ems. Je nach den zu verarbeitenden Datenvolumen führen die Krankenhäuser die Datenerfassung über Klarschrift (OCR-)Beleg oder eines der vom Koordinierungsausschuß empfohlenen Terminalsysteme durch. Beide Technologien werden zu etwa gleichen Teilen angewandt, der Trend geht jedoch zur intelligenten Bildschirmdatenerfassung¹⁾. Die mit Klarschriftbeleg arbeitenden Krankenhäuser senden ihre Daten per Post an das Rechenzentrum. Die Auswertungen des Rechenzentrums werden in der Regel per Collico mit der Bundesbahn zugestellt. Der Großteil der Terminalanwender hingegen übermittelt die Daten täglich per Telefonleitung (Datenfernübertragung) und läßt sich bestimmte zeitkritische Auswertungen auf diesem Wege auch wieder zurückübertragen. Der restliche Output wird ebenfalls durch die Bundesbahn ausgeliefert.

¹⁾ H.-P. Mast: Terminal-Einsatz in den staatlichen und kommunalen Krankenhäusern. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 32, Heft 11, November 1979.

Übersicht über die realisierten, in Entwicklung und in Planung befindlichen Krankenhausautomationsverfahren



62/81

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

Zu den Aufgaben des Service-Rechenzentrums für die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser gehört auch die individuelle verfahrensspezifische und fachliche Schulung und Betreuung der Kliniken sowohl während der Anschlußphase als auch danach während der routinemäßigen Verfahrensanwendung. Hierfür stehen erfahrene Krankenhausfachleute, Betriebswirte und EDV-Spezialisten zur Verfügung. Als Entgelt für die Inanspruchnahme der Leistungen - Verfahrens- und Programmentwicklung, Verfahrens- und Programmpflege, Verfahrenseinführung, Produktion und Anwenderbetreuung - werden den Krankenhäusern die anteiligen Selbstkosten pro Bett und Monat als ganzjährig gültigen Festpreis in Rechnung gestellt.

Organisation auf Landesebene

Maßgebliches Gremium für die Entwicklungen in Rheinland-Pfalz ist der 1974 konstituierte Koordinierungsausschuß Automation im Krankenhaus. Ihm gehören das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt, das Ministerium des Innern und für Sport, die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz, die Fachvereinigung der Verwaltungsleiter, die Universitätskliniken Mainz, das Landesamt für Jugend und Soziales, die Pfalzklinteck und das Statistische Landesamt an. Hauptaufgabe dieses Ausschusses ist die Unterstützung und Beratung der Projektleitung im Statistischen Landesamt bei der Entwicklung, Erprobung und Einführung eines einheitlichen Verbundsystems der Datenverarbeitung sowie beim Anschluß der Krankenhäuser an das EDV-Verfahren des Landes. Zu seiner Entlastung speziell bei der Regelung verfahrensspezifischer Probleme hat der Koordinierungsausschuß einen ständigen Unterausschuß der

Anwender Automation im Krankenhaus eingesetzt. Dort sind alle dem Rechenzentrum angeschlossenen Krankenhäuser vertreten. Der ständige Unterausschuß entscheidet über Änderungsanträge der Krankenhäuser zu den einzelnen Automationsverfahren und erarbeitet zu Problemstellungen von grundsätzlicher Bedeutung konkrete Lösungsvorschläge zur Beschlußfassung durch den Koordinierungsausschuß. Darüber hinaus ermöglicht er einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch.

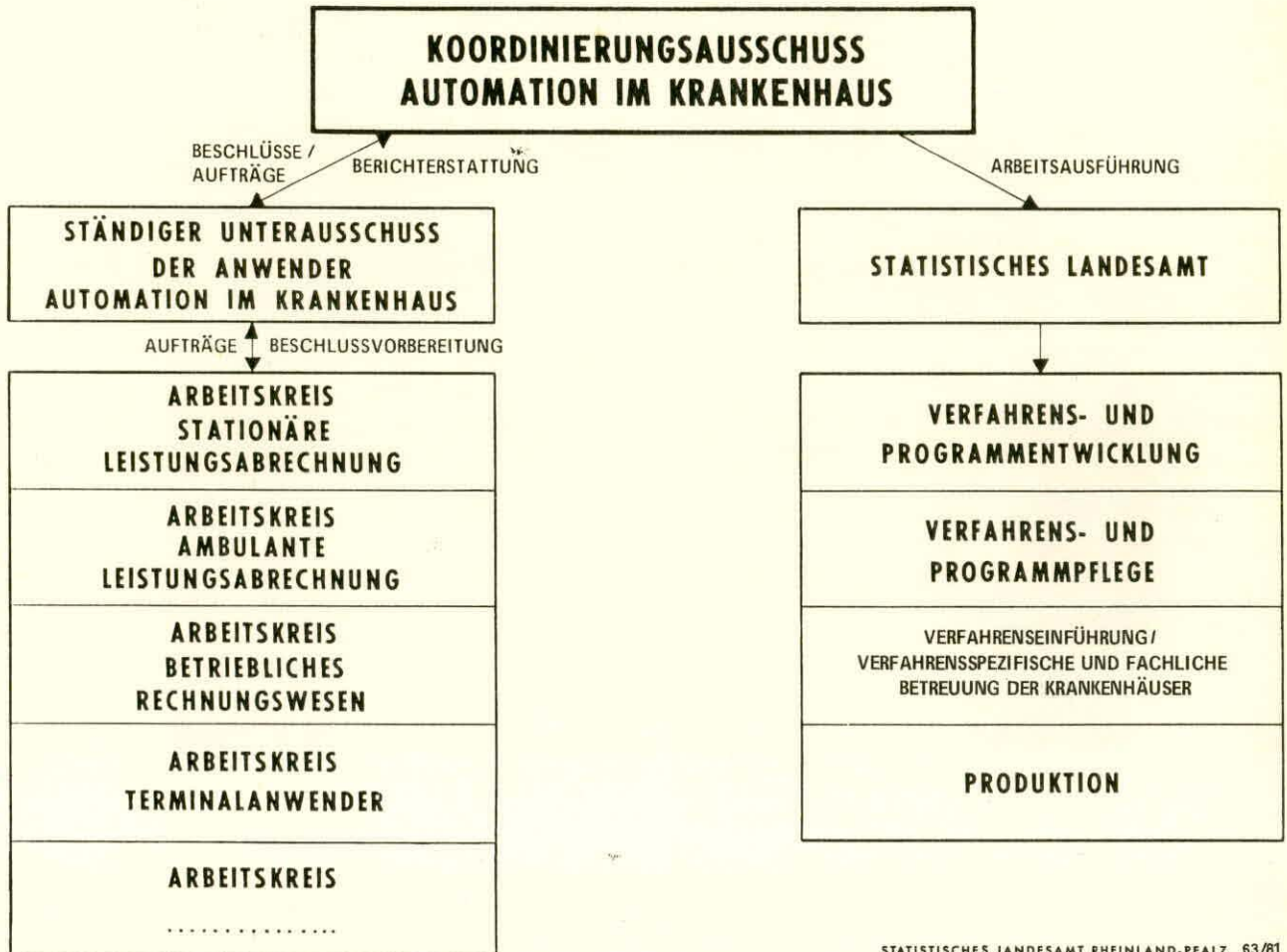
Da es inzwischen für den ständigen Unterausschuß aufgrund seiner großen Mitgliederzahl arbeitstechnisch nicht mehr möglich ist, Detailprobleme zu behandeln, wurden mehrere ihm zuarbeitende problembezogene Arbeitskreise geschaffen, in denen jeweils unter Federführung des Statistischen Landesamtes von den Krankenhäusern selbst delegierte kleine Expertengruppen Lösungsvorschläge erarbeiten.

Nutzenanalyse am Beispiel der Städtischen Krankenanstalten Idar-Oberstein

Die Städtischen Krankenanstalten Idar-Oberstein sind ein Schwerpunktkrankenhaus mit 509 Planbetten in zwölf Fachabteilungen und einem Jahresumsatz von rund 42 Mill. DM. Über das hiesige Rechenzentrum ist das Krankenhaus, das zuvor bereits rheinland-pfälzische Modellanstalt war, zur Zeit routinemäßig an die maschinellen Verfahren Stationäre und ambulante Leistungsabrechnung, FINK, MAIK und KOLK angeschlossen. Die Übernahme von MARK ist in Vorbereitung.

Die Erfassung und der Versand der Daten für das Rechenzentrum erfolgt über die Plattenversion des

ORGANISATION DER KRANKENHAUSAUTOMATION AUF LANDESEBENE



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 63/81

Terminalsystems TS 3104. Diese Konfiguration umfaßt zur Zeit drei Bildschirmplätze für die Ausgabe von Etiketten und Formularsätzen parallel zur Patientenaufnahme. Für bestimmte besonders zeitkritische Auswertungen und den per Datenfernübertragung vom Rechenzentrum zurücküberspielten Output stehen zwei Drucker zur Verfügung.

Der Nutzen, den das Krankenhaus durch die Anwendung der bislang realisierten Teile des Datenverarbeitungsverfahrens des Landes zieht, zeigt sich an folgenden Vorteilen:

(1) *Geringstmögliche Kosten für Verfahrens- und Programmentwicklung, Verfahrens- und Programmpflege, Verfahrensdurchführung, Verfahrenseinführung und ständige umfassende Betreuung.* Da sich die staatlichen und kommunalen Krankenhäuser in die Gesamtkosten des Landes beim Statistischen Landesamt teilen, entfällt auf das einzelne Haus nur ein Bruchteil der Kosten, die es im Falle einer autonomen Lösung zu tragen hätte. Der degressive Kostenverlauf setzt sich mit dem Anschluß jedes weiteren Anwenders fort.

(2) *Einsparung von Personalkosten.* Die Krankenhäuser sind gesetzlich gehalten, zur sparsamen Wirtschaftsführung und zur Ermittlung der Selbstkosten die doppelte kaufmännische Buchführung und Be-

triebsabrechnung einzusetzen. Zur manuellen Erledigung dieser Aufgaben müßte eine personalintensive betriebswirtschaftliche Abteilung eingerichtet werden. Die integrierten Automationsverfahren hingegen entlasten das Krankenhaus von allen zeitraubenden Massenarbeiten, so daß nur ein kleiner Personalstamm für die qualitativ wichtigen Arbeiten erforderlich ist.

(3) *Liquiditätsverbesserung durch häufigere Rechnungsschreibung.* Während das Krankenhaus früher alle vier Wochen fakturiert hat, geschieht dies über das Rechenzentrum jetzt dekadisch, demnächst sogar wöchentlich. Abgesehen davon, daß damit die zuvor nicht selten notwendige Aufnahme von Kassenkrediten zur Überbrückung der Zeit zwischen den Geldeingängen weitgehend entfällt, erspart der Verarbeitungsrhythmus dem Krankenhaus Liquiditätsengpässe und Zinsverluste für Überbrückungskredite.

(4) *Liquiditätsverbesserung durch Einhaltung der Skontofristen.* Vor der Nutzung des maschinellen Verfahrens FINK waren wegen Fristüberschreitung in manchen Jahren hohe Skontoverluste zu verzeichnen. Seit die gesamte Kreditorenbuchhaltung einschließlich der automatischen Skontiberechnung und dem Schreiben der Überweisungsträger sowie der sonstigen Zahlungsunterlagen über FINK erfolgt, können die Skontoerträge maximal ausgeschöpft werden.

(5) *Liquiditätsverbesserung durch funktionierendes Mahnwesen.* Solange der Ausgleich der Rechnungen manuell überwacht werden mußte, war es nicht auszuschließen, daß Forderungen zu spät eingetrieben oder wegen Verjährung sogar abgeschrieben werden mußten. Die dem Krankenhaus in Ermangelung einer besseren Zahlungsüberwachung entstandenen Verluste waren erheblich. Die maschinelle Überwachung der Mahnfristen und daraus resultierend das rechtzeitige Schreiben der Mahnungen durch FINK trägt ebenfalls spürbar zur Stabilisierung der Liquiditätslage des Krankenhauses bei.

(6) *Sparsame Wirtschaftsführung.* Durch das Verfahren KOLK erhält die Verwaltungsleitung ständig einen umfassenden Überblick über die Kostensituation und -entwicklung in den einzelnen Funktionsbereichen des Krankenhauses sowie Analysen der jeweiligen Kostenursachen. Eine regelmäßige Auswertung der Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung läßt kostenträchtige Schwachstellen im Krankenhaus zugunsten einer sparsamen Wirtschaftsführung beheben und vermeiden.

(7) *Kostenersparnis durch rationelle Lagerhaltung.* Obwohl noch im Modellversuch, läßt sich bereits absehen, daß mit dem Verfahren MARK eine wesentlich rationellere Lagerhaltung im Krankenhaus möglich sein wird. Durch die automatische mengen- und die wertmäßige Bestandsführung aller Läger sowie die maschinelle Überwachung der Verfallszeiten von Medikamenten und Arzneien in der Krankenhausapotheke können die Lagerbestände qualitativ und quantitativ auf ein bedarfsadäquates Minimum reduziert und somit die Lagerhaltungs- und Vorratskosten erheblich gesenkt werden.

Als Fazit der Nutzenanalyse läßt sich feststellen, daß den Krankenhäusern mit dem einheitlichen Datenverarbeitungsverfahren des Landes ein geeignetes Instrumentarium zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der wirtschaftlichen Betriebsführung als Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zur Verfügung steht.

L. Adam/Diplom-Kaufmann H.-P. Mast

Studenten im Wintersemester 1980/81

Die Individualbefragung der Studierenden nach dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453 ff.) - Hochschulstatistikgesetz - liefert bundeseinheitliche Daten für eine effiziente Hochschulplanung auf überregionaler Ebene, aber auch für die Verwaltungs- und Planungsarbeiten in den Ländern. Erhebungsstellen sind neben den staatlichen Hochschulen alle Einrichtungen, die in freier, kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft stehen und denen die Eigenschaft einer staatlichen Hochschule verliehen wurde oder deren Abschlüsse durch staatliche Anerkennung den vergleichbaren berufs-

befähigenden Abschlüssen an staatlichen Hochschulen gleichgestellt sind.

Es wird zwischen den wissenschaftlichen Hochschulen (Zugangsvoraussetzung allgemeine Hochschulreife) und den Fachhochschulen (Zugangsvoraussetzung Fachhochschulreife) unterschieden. Während die wissenschaftlichen Hochschulen durch Forschung, Lehre und Studium auf berufliche Tätigkeiten vorbereiten, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern, haben die Fachhochschulen die Aufgabe, eine anwendungsbezo-

Studenten 1975/76 - 1980/81

Hochschulart	Geschlecht	WS 1975/76	WS 1976/77	WS 1977/78	WS 1978/79	WS 1979/80	WS 1980/81	Veränderung WS 1980/81 zu WS 1975/76
		Anzahl						%
Universitäten ¹⁾	männlich	14 169	14 903	15 777	16 603	17 240	18 068	27,5
	weiblich	8 536	9 018	10 053	10 717	11 366	12 155	42,4
	zusammen	22 705	23 921	25 830	27 320	28 606	30 223	33,1
Erziehungswissenschaftliche Hochschule	männlich	1 846	1 459	1 203	978	947	944	- 48,9
	weiblich	3 017	2 547	2 193	1 842	1 741	1 742	- 42,3
	zusammen	4 863	4 006	3 396	2 820	2 688	2 686	- 44,8
Theologische Hochschulen	männlich	168	211	254	269	257	310	84,5
	weiblich	48	71	89	87	108	119	147,9
	zusammen	216	282	343	356	365	429	98,6
Fachhochschulen	männlich	6 195	6 388	6 156	6 030	6 039	6 220	0,4
	weiblich	2 164	2 117	1 994	2 060	2 419	2 662	23,0
	zusammen	8 359	8 505	8 150	8 090	8 458	8 882	6,3
Hochschulen insgesamt	männlich	22 378	22 961	23 390	23 880	24 483	25 542	14,1
	weiblich	13 765	13 753	14 329	14 706	15 634	16 678	21,2
	insgesamt	36 143	36 714	37 719	38 586	40 117	42 220	16,8

1) Ab WS 1978/79 einschl. Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

gene fachliche Ausbildung, die sich an den angewandten Wissenschaften und ihrer Forschung orientiert, zu vermitteln. Zu den wissenschaftlichen Hochschulen gehören in Rheinland-Pfalz neben den klassischen Universitäten, die Erziehungswissenschaftliche Hochschule und die theologischen Hochschulen. Die Fachhochschulen sind in der Mehrzahl aus den früheren Ingenieurschulen, Höheren Fachschulen für Wirtschaft, Sozialarbeit und -pädagogik und den Werkkunstschulen hervorgegangen.

Zehn Hochschulen in Rheinland-Pfalz

Im Wintersemester 1980/81 bestanden in Rheinland-Pfalz zehn Hochschulen, und zwar die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, die Universität in Trier, die Universität in Kaiserslautern, die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, die Theologische Fakultät in Trier, die Theologische Hochschule in Vallendar und die Erziehungswissenschaftliche Hochschule des Landes Rheinland-Pfalz mit den Abteilungen Koblenz, Landau und Mainz, außerdem die Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz mit den Abteilungen Bingen, Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen/Worms, Mainz I, Mainz II und Trier, die Fachhochschule der Pfälzischen Landeskirche in Ludwigshafen und die Katholische Fachhochschule in Mainz.

Noch nicht berücksichtigt sind die Fachhochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg, die Fach-

hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Eisenbahnwesen, in Mainz und die Verwaltungsfachhochschulen des Landes Rheinland-Pfalz. Die beiden erstgenannten Fachhochschulen werden ab dem Sommersemester 1981 in die statistischen Erhebungen einbezogen, während für die Verwaltungsfachhochschulen des Landes Rheinland-Pfalz, die aus der Zentralen Verwaltungsschule Mayen und der Finanzschule Edenkoben hervorgehen, die rechtlichen Voraussetzungen durch Umwidmung zu Fachhochschulen erst Anfang Juni 1981 mit der Verabschiedung des Gesetzes im Landtag geschaffen wurden. Mit einer Einbeziehung in die amtliche Statistik ist daher frühestens im Wintersemester 1981/82 zu rechnen.

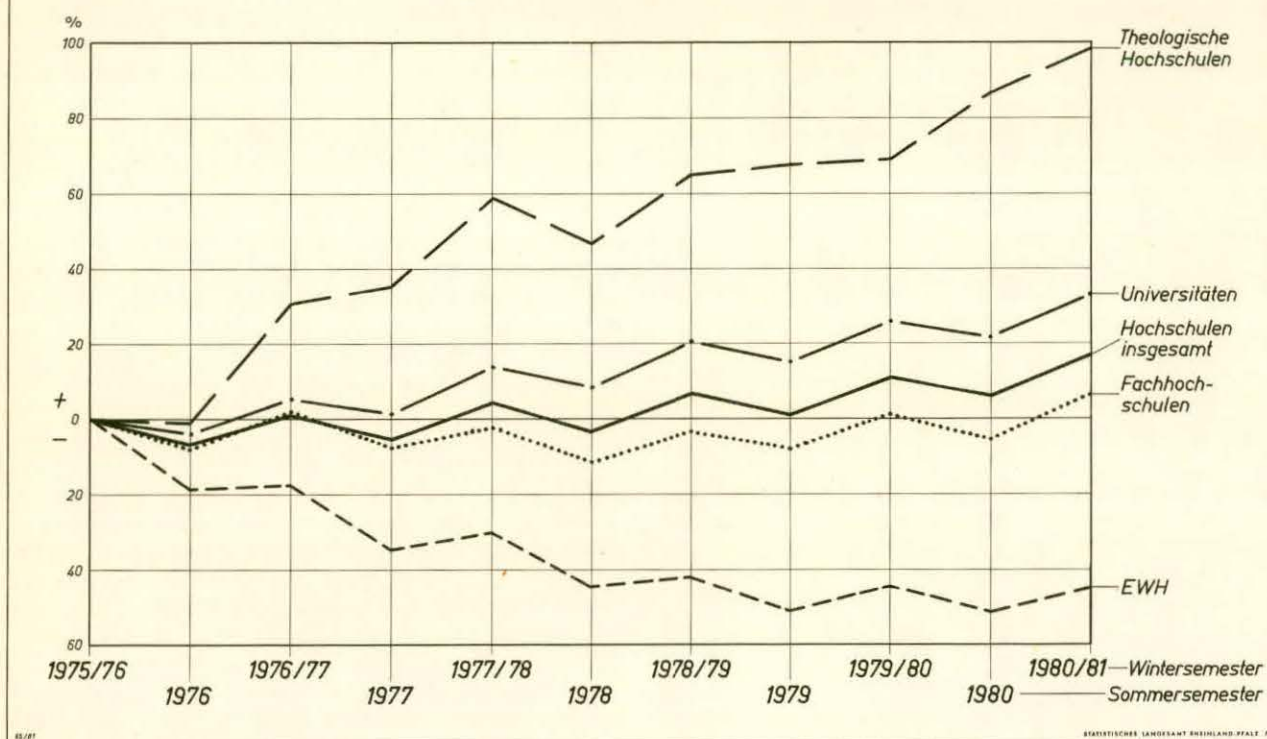
Mehr als die Hälfte aller Studenten an der Universität Mainz immatrikuliert

Im Wintersemester 1980/81 waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen insgesamt 42 220 Studenten eingeschrieben, darunter 40 279 Deutsche. Beurlaubte, Studienkollegiaten und Gasthörer sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Knapp vier Fünftel aller Studenten waren an wissenschaftlichen Hochschulen, die übrigen an Fachhochschulen immatrikuliert. Die meisten Studenten waren an den drei Universitäten des Landes immatrikuliert (71%), 22 282 oder mehr als die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz Studierenden allein an der Johannes Gutenberg-Universität in

Deutsche und ausländische Studenten und Studienanfänger im Wintersemester 1980/81

Hochschule	Studenten						Studienanfänger					
	insgesamt	weiblich	Deutsche		Ausländer		zusammen	weiblich	Deutsche		Ausländer	
			zusammen	weiblich	zusammen	weiblich			zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
Wissenschaftliche Hochschulen	33 338	14 016	31 840	13 407	1 498	609	4 766	2 337	4 454	2 193	312	144
Universitäten	29 916	12 085	28 463	11 490	1 453	595	4 219	1 952	3 915	1 812	304	140
Mainz	22 282	9 696	21 130	9 183	1 152	513	2 613	1 364	2 402	1 254	211	110
Trier	3 939	1 754	3 765	1 685	174	69	865	427	801	398	64	29
Kaiserslautern	3 695	635	3 568	622	127	13	741	161	712	160	29	1
Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	307	70	296	69	11	1	-	-	-	-	-	-
Theologische Hochschulen	429	119	416	117	13	2	67	14	65	13	2	1
Trier	380	110	370	108	10	2	56	14	55	13	1	1
Vallendar	49	9	46	9	3	-	11	-	10	-	1	-
Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz	2 686	1 742	2 665	1 731	21	11	480	371	474	368	6	3
Abteilung Koblenz	1 144	748	1 135	743	9	5	275	212	270	210	5	2
Landau	1 149	727	1 140	722	9	5	205	159	204	158	1	1
Mainz	393	267	390	266	3	1	-	-	-	-	-	-
Fachhochschulen	8 882	2 662	8 439	2 592	443	70	2 139	618	2 051	606	88	12
Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz	8 105	2 141	7 674	2 076	431	65	1 918	465	1 834	455	84	10
Abteilung Bingen	815	70	774	68	41	2	245	24	239	23	6	1
Kaiserslautern	1 142	135	1 059	126	83	9	257	32	242	31	15	1
Koblenz	1 608	432	1 533	422	75	10	382	106	367	103	15	3
Ludwigshafen/Worms	1 378	525	1 311	514	67	11	243	80	228	78	15	2
Mainz I	1 099	406	1 008	386	91	20	174	68	168	67	6	1
Mainz II	466	121	441	119	25	2	156	40	148	40	8	-
Trier	1 597	452	1 548	441	49	11	461	115	442	113	19	2
Fachhochschulen in freier Trägerschaft	777	521	765	516	12	5	221	153	217	151	4	2
Ludwigshafen	341	192	338	191	3	1	96	59	95	58	1	1
Mainz	436	329	427	325	9	4	125	94	122	93	3	1
Insgesamt	42 220	16 678	40 279	15 999	1 941	679	6 905	2 955	6 505	2 799	400	156

Entwicklung der Studentenzahl 1975/76-1980/81



Mainz. An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule studierten 6,4%, an den theologischen Hochschulen 1% und an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer 0,7%. 6 905 oder fast ein Sechstel aller im Wintersemester 1980/81 eingeschriebenen Studenten waren Studienanfänger. An Fachhochschulen begannen 2 139 (31% der Studienanfänger) Studenten ihr Studium, an wissenschaftlichen Hochschulen 4 766 (69%). An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule nahmen 480 (7%) Studenten ihr Studium auf, und an den theologischen Hochschulen wurden 67 (1%) Studienanfänger gezählt.

Knapp zwei Fünftel der Studierenden waren Frauen

Nahezu zwei Fünftel der an den rheinland-pfälzischen Hochschulen im Wintersemester 1980/81 eingeschriebenen Studenten waren Frauen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden war an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule mit 64,9% am höchsten. Knapp über dem Gesamtdurchschnitt von 39,5% lagen die Universitäten (40,4%). An den Fachhochschulen (30%), theologischen Hochschulen (27,7%) und der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (22,8%) waren die Frauen unterdurchschnittlich vertreten. Von den Studienanfängern waren 2 955 (42,8%) weiblichen Geschlechts. Somit lag der Anteil der Frauen bei den Erstimmatrikulierten über demjenigen bei den Studenten insgesamt.

Jeder 20. Student war Ausländer

An den Hochschulen des Landes war jeder 20. Student Ausländer. Knapp drei Viertel von ihnen hatten sich an den Universitäten immatrikuliert, 22,8% an Fachhochschulen. Relativ unbedeutend waren die An-

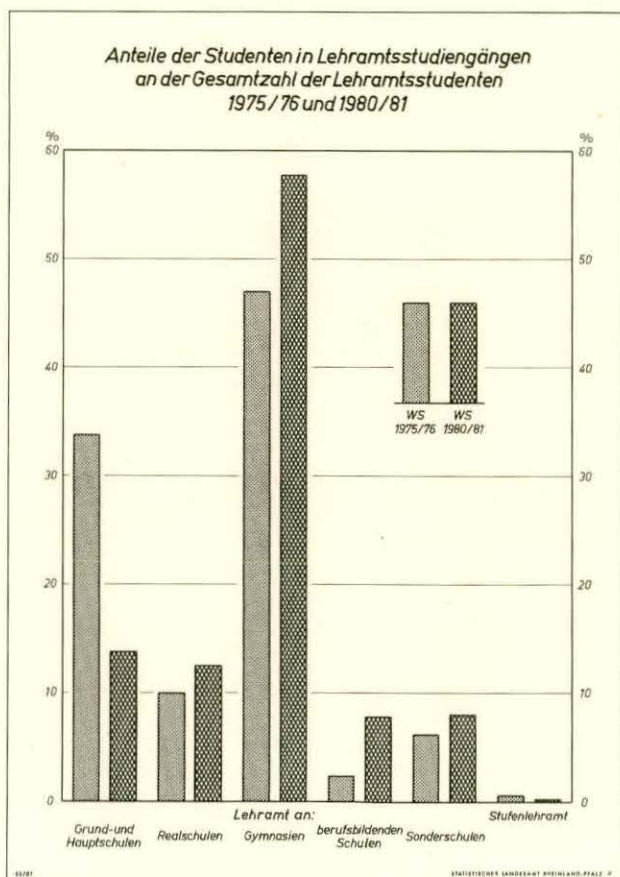
teile an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule mit 1,1%, den theologischen Hochschulen mit 0,7% und der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer mit 0,6%. Der Anteil der Frauen bei den ausländischen Studenten lag bei 35%. Bei den Studienanfängern betrug der Anteil der ausländischen Ersteinschreiber 5,8%. Er lag damit höher als der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Studenten.

Starker Rückgang der Studentenzahlen an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule seit 1975

Seit dem Wintersemester 1975/76 hat die Gesamtzahl der Studenten um gut ein Sechstel zugenommen, wobei die jährliche Zunahme unterschiedlich hoch ausfiel. Die stärksten Zuwachsraten lagen zwischen den Wintersemestern der beiden letzten Jahre mit 4 bzw. 5,2%.

Unterschiedlich verlief auch die Entwicklung der einzelnen Hochschularten. Eine stark überdurchschnittliche Zunahme von 99% zwischen den Wintersemestern 1975/76 und 1980/81 verzeichneten die theologischen Hochschulen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß ab dem Sommersemester 1980 die Theologische Hochschule Vallendar in die Statistik einbezogen wurde. Doch auch ohne Berücksichtigung dieser Hochschule hat sich die Studentenzahl an der Theologischen Fakultät in Trier innerhalb des genannten Zeitraums um drei Viertel erhöht.

Eine ebenfalls überdurchschnittliche Entwicklung verzeichneten in den letzten fünf Jahren die Universitäten. Hier betrug der Zuwachs knapp ein Drittel. Dagegen meldeten die Fachhochschulen nur eine unter-



durchschnittliche Zunahme von 6,3%. Rückläufig war die Studentenzahl an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule. Die Abnahme zwischen den Wintersemestern 1975/76 und 1980/81 betrug — 44,8%. Die Ursache hierfür ist in dem seit einigen Jahren zu beobachtenden Rückgang der Lehramtsstudenten als Folge der verminderten Einstellungschancen von Bewerbern für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen zu sehen. Im Wintersemester 1975/76 hatten die Erziehungswissenschaftliche Hochschule noch 4 863 Studierende besucht. Daß sich die rückläufige Tendenz im

Wintersemester 1980/81 (— 0,1%) nicht fortgesetzt hat, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Erziehungswissenschaftliche Hochschule in den vergangenen Jahren verstärkt die Einführung nicht lehramtsbezogener Studiengänge vorgenommen hat und der Rückgang der Studentenzahlen in den lehramtsbezogenen Studiengängen durch den Anstieg in den nicht lehramtsbezogenen Studiengängen kompensiert wurde. Hatte der Anteil der Studenten in nicht lehramtsbezogenen Studiengängen an der Gesamtzahl der Studenten im Wintersemester 1975/76 erst ein Zehntel betragen, so war er zum Wintersemester 1980/81 bereits auf knapp ein Drittel gestiegen. Die Zunahme von Studierenden in nicht lehramtsbezogenen Studiengängen innerhalb dieses Zeitraumes betrug 50%, während bei den lehramtsbezogenen Studiengängen ein Rückgang um 56% erfolgte.

Anteil der Frauen seit 1975 gestiegen

Der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden ist weiter gestiegen. Hatte er im Wintersemester 1975/76 noch 38,1% betragen, so waren es im Wintersemester 1980/81 bereits 39,5%. Die Zunahme innerhalb dieses Zeitraums betrug über ein Fünftel, wogegen der Zuwachs bei den Männern nur ein Sechstel ausmachte. Im letzten Jahr hat sich die Zahl der männlichen Studenten um 4,3%, die der Studentinnen um 6,7% erhöht.

Größere Unterschiede zeigen die geschlechtsspezifischen Veränderungsdaten unter den einzelnen Hochschularten. Bei den theologischen Hochschulen (+ 148%), den Universitäten (+ 42,4%) und den Fachhochschulen (+ 23%) waren die Zunahmen von 1975 bis 1980 bei den Frauen wesentlich stärker als bei den Männern (+ 84,5%, + 27,5% und + 0,4%). An theologischen Hochschulen studieren allerdings nur sehr wenige Frauen. Bei der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule fällt auf, daß der prozentuale Rückgang der Zahlen bei den Frauen weniger groß ist (— 42,3%) als bei den Männern (— 48,9%).

Studienanfänger 1975/76 – 1980/81

Hochschulart	Geschlecht	WS 1975/76	WS 1976/77	WS 1977/78	WS 1978/79	WS 1979/80	WS 1980/81	Veränderung WS 1980/81 zu WS 1975/76
		Anzahl						%
Universitäten	männlich	2 042	2 010	2 132	2 066	2 146	2 267	11,0
	weiblich	1 811	1 447	1 907	1 659	1 740	1 952	7,8
	zusammen	3 853	3 457	4 039	3 725	3 886	4 219	9,5
Erziehungswissenschaftliche Hochschule	männlich	168	160	124	120	119	109	— 35,1
	weiblich	463	354	384	334	378	371	— 19,9
	zusammen	631	514	508	454	497	480	— 23,9
Theologische Hochschulen	männlich	37	61	54	54	35	53	43,2
	weiblich	17	27	21	7	22	14	— 17,6
	zusammen	54	88	75	61	57	67	24,1
Fachhochschulen	männlich	1 718	1 828	1 581	1 543	1 468	1 521	— 11,5
	weiblich	606	470	497	593	597	618	2,0
	zusammen	2 324	2 298	2 078	2 136	2 065	2 139	— 8,0
Hochschulen insgesamt	männlich	3 965	4 059	3 891	3 783	3 774	3 950	— 0,4
	weiblich	2 897	2 298	2 809	2 593	2 731	2 955	2,0
	insgesamt	6 862	6 357	6 700	6 376	6 505	6 905	0,6

Studenten nach Fächergruppen im Wintersemester 1980/81

Hochschule	Insgesamt	Sprach- und Kulturwissenschaften	Sport	Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	Ingenieurwissenschaften	Kunst, Kunstwissenschaften
Wissenschaftliche Hochschulen	33 338	12 392	753	6 720	6 729	3 680	-	2 052	1 012
Universitäten	29 916	9 787	658	6 389	6 456	3 680	-	2 052	894
Mainz	22 282	7 690	658	4 879	4 544	3 680	-	-	831
Trier	3 939	2 097	-	1 462	317	-	-	-	63
Kaiserslautern	3 695	-	-	48	1 595	-	-	2 052	-
Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	307	-	-	307	-	-	-	-	-
Theologische Hochschulen	429	429	-	-	-	-	-	-	-
Trier	380	380	-	-	-	-	-	-	-
Vallendar	49	49	-	-	-	-	-	-	-
Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz Abteilung	2 686	2 176	95	24	273	-	-	-	118
Koblenz	1 144	793	77	8	165	-	-	-	101
Landau	1 149	990	18	16	108	-	-	-	17
Mainz	393	393	-	-	-	-	-	-	-
Fachhochschulen	8 882	174	-	3 241	-	-	280	4 605	582
Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz Abteilung	8 105	-	-	2 638	-	-	280	4 605	582
Bingen	815	-	-	-	-	-	177	638	-
Kaiserslautern	1 142	-	-	-	-	-	-	1 138	4
Koblenz	1 608	-	-	619	-	-	-	989	-
Ludwigshafen/Worms	1 378	-	-	1 378	-	-	-	-	-
Mainz I	1 099	-	-	-	-	-	-	790	309
Mainz II	466	-	-	466	-	-	-	-	-
Trier	1 597	-	-	175	-	-	103	1 050	269
Fachhochschulen in freier Trägerschaft	777	174	-	603	-	-	-	-	-
Ludwigshafen	341	-	-	341	-	-	-	-	-
Mainz	436	174	-	262	-	-	-	-	-
Insgesamt	42 220	12 566	753	9 961	6 729	3 680	280	6 657	1 594

Im Wintersemester immer mehr Studenten als im Sommersemester

Im Sommersemester sind fast immer weniger Studenten immatrikuliert als im Wintersemester. Dies liegt darin begründet, daß einerseits die meisten Studienberechtigten ihre Schulausbildung im Sommer abschließen und ihr Studium wegen der Bewerbungs- und Einschreibungstermine erst zum Wintersemester aufnehmen, und andererseits die Hochschulabsolventen wegen der unterschiedlichen Dauer der Studien- und Prüfungszeiten fast gleichmäßig im Sommer- und Wintersemester ihr Studium beenden.

Geringfügige Zunahme bei den Studienanfängern in den letzten fünf Jahren

Die Zahl der Studienanfänger hat sich zwischen dem Wintersemester 1975/76 und dem Wintersemester 1980/81 nur geringfügig erhöht (+ 0,6%). Während bei den männlichen Studienanfängern eine leichte Abnahme zu verzeichnen ist (- 0,4%), ergab sich bei den weiblichen Ersteinschreibern eine Zunahme von 2%. Zunahmen an den theologischen Hochschulen um knapp ein Viertel und an den Universitäten um nahezu ein Zehntel stehen Rückgänge an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und den Fachhochschulen gegenüber. Während die Entwicklung der Studienanfängerzahlen nach dem Geschlecht an den Universitäten positiv (männlich + 11%, weiblich

+ 7,8%) und an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule negativ (männlich - 35,1%, weiblich - 19,9%) verlief, war sie bei den beiden anderen Hochschularten jeweils gegenläufig. An den theologischen Hochschulen stand einem Zuwachs von 43,2% bei den männlichen Erstimmatrikulierten eine Abnahme von 17,6% bei den weiblichen Ersteinschreibern gegenüber. An den Fachhochschulen verzeichneten die männlichen Studienanfänger mit - 11,5% eine starke Abnahme, die weiblichen Studienanfänger mit 2% ein leichtes Plus.

Der Frauenanteil unter den Studienanfängern liegt seit dem Wintersemester 1977/78 stets über 40% und hat im Sommersemester 1978 mit 45,5% den bisher höchsten Stand erreicht. Überdurchschnittlich hoch lag der Anteil der Studienanfängerinnen unter den Ersteinschreibern an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule mit teilweise über 70%.

Ein Drittel der Studenten in Sprach- und Kulturwissenschaften immatrikuliert

Die meisten Studenten hatten sich im Wintersemester 1980/81 bei den Sprach- und Kulturwissenschaften (29,8%) sowie den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (23,6%) eingeschrieben. Auch die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (15,9%), Ingenieurwissenschaften (15,8%) und Hu-

manmedizin (8,7%) wiesen ein starkes Gewicht auf. Dagegen hatten die Fächergruppen Kunst und Kunstwissenschaft (3,8%), Sport (1,8%) sowie Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (0,7%) eine geringere Bedeutung.

Weibliche Studenten bevorzugten im Wintersemester 1980/81 Sprach- und Kulturwissenschaften, wo ihr Anteil an der Gesamtzahl 59,4% ausmachte, Kunst und Kunstwissenschaft (56%), Sport (45,7%) und Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (43,2%). Der Gesamtdurchschnitt der weiblichen Studierenden an der Gesamtzahl der Studenten lag bei 39,5%. Leicht unterrepräsentiert waren Frauen bei Humanmedizin (35,3%), Mathematik und Naturwissenschaften (34,5%) und Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (34,2%), stark unterdurchschnittlich in den Ingenieurwissenschaften (12,3%).

Nur noch ein Fünftel der Studenten strebt ein Lehramtsstudium an

Die Zahl der Lehramtsstudenten, die als Studienabschluß die erste Staatsprüfung für ein Lehramt an Schulen anstreben (ohne Wirtschaftspädagogen), betrug im Wintersemester 1980/81 insgesamt 8 238. Dies ist knapp ein Fünftel der Gesamtzahl der Studenten. Im Wintersemester 1975/76 waren es noch 10 837

Studenten gewesen, die sich für einen Lehramtsstudiengang entschieden hatten. Hier hatte der Anteil der Lehramtsstudenten an der Gesamtzahl der Studierenden bei 30% gelegen. Somit ist innerhalb von fünf Jahren ein Rückgang von 2 600 Lehramtsstudenten zu verzeichnen. Aufgrund des gleichzeitig erfolgten Anstiegs der Gesamtzahl der Studenten hat sich der Anteilswert der Lehramtsstudenten um gut ein Zehntel verringert.

Von den 8 238 Lehramtsstudenten im Wintersemester 1980/81 waren 4 635 weiblichen Geschlechts (56,3%). Im Wintersemester 1975/76 hatte deren Anteil 55,4% betragen. Nach wie vor streben mehr Frauen als Männer den Lehrerberuf an. Die verschlechterten Einstellungsmöglichkeiten der Studenten für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen infolge des Geburtenrückgangs und der sinkenden Schülerzahlen spiegeln sich in den rückläufigen Zahlen der Lehramtsstudiengänge wider. Deren Anteil an der Gesamtzahl der Lehramtsstudenten im Wintersemester hatte 1975/76 noch gut ein Drittel betragen. Im Wintersemester 1980/81 waren es nur noch 13,8%. Hier betrug der Rückgang über 2 500 Studenten. In den anderen Lehramtsstudiengängen, mit Ausnahme des Stufenlehramtes, haben sich die Anteile dagegen erhöht.

Diplom-Betriebswirt (FH) H. J. Weber

Haushalte und Familien 1980

Die Ermittlung von Daten über Haushalte und Familien ist ein wichtiges Anliegen jeder Volkszählung, da sich diese Angaben nur im Rahmen einer Haushaltserhebung ermitteln lassen. Die ständige Aktualisierung der hierbei ermittelten Daten über die normale Bevölkerungsfortschreibung ist nicht möglich, weil hier nur Merkmale einzelner Personen zur Verfügung stehen, Familienzusammenhänge aber nicht ersichtlich sind.

Nur der seit 1957 jährlich durchgeführte Mikrozensus ermöglicht auch für die Jahre zwischen den Volks-

zählungen Aussagen über die Veränderungen in den Haushalten und Familien. Bei dieser Repräsentativstatistik, durch die jeweils 1% aller Haushalte des Bundesgebietes befragt werden, werden die zusammenlebenden und gemeinsam wirtschaftenden Personengruppen jeweils als Einheit gesehen.

Im folgenden werden die Ergebnisse der Haushalts- und Familienstatistik des Mikrozensus vom April 1980 dargestellt. Da es sich hier um Daten einer Stichprobe handelt, müssen Ergebnisse für weniger als 5 000 Personen ausgepunktet werden, für 5 000 bis 10 000

Privathaushalte nach Alter und Geschlecht des Haushaltungsvorstandes 1970 und 1980

Alter und Geschlecht des Haushaltungs- vorstandes	1970						1980					
	ins- gesamt	mit ... Personen					ins- gesamt	mit ... Personen				
		1	2	3	4	5 und mehr		1	2	3	4	5 und mehr
		1 000	%					1 000	%			
unter 25 Jahre	41,3	5,8	3,5	5,0	1,5	0,4	59,8	7,6	5,9	(3,4)	(.)	(.)
25 - 35 "	216,4	7,9	10,8	25,6	28,7	19,3	207,5	9,8	13,6	22,9	21,0	8,8
35 - 45 "	237,9	5,4	7,1	19,2	32,8	42,1	267,5	5,4	8,0	24,3	40,7	43,2
45 - 55 "	193,3	9,0	11,5	18,1	20,5	23,2	256,2	7,7	13,7	25,0	25,8	36,1
55 - 65 "	257,5	25,3	30,3	21,0	12,4	11,1	202,9	14,1	20,8	15,5	8,6	9,2
65 u.mehr "	272,4	46,6	36,8	11,0	4,1	4,0	366,0	55,3	38,0	8,9	(2,9)	(.)
Insgesamt	1 218,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	1 359,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
männlich	941,5	24,6	82,0	90,9	95,3	96,0	1 032,6	28,5	85,0	91,9	96,9	96,7
weiblich	277,3	75,3	18,0	9,1	4,7	4,0	327,3	71,5	15,0	8,1	(3,1)	(.)

Haushaltsmitglieder	1961	1970	1976	1980	1961	1970	1976	1980
	1 000				%			
Privathaushalte								
1 Person	181,6	237,2	306,1	328,0	16,2	19,5	22,9	24,1
2 Personen	278,0	319,7	393,0	395,7	24,9	26,3	29,4	29,1
3 Personen	257,5	246,7	259,6	271,2	23,0	20,3	19,4	19,9
4 Personen	200,3	209,4	215,7	220,9	17,9	17,2	16,1	16,2
5 und mehr Personen	200,4	203,8	162,7	144,1	17,9	16,8	12,2	10,6
I n s g e s a m t	1 118,0	1 216,8	1 337,1	1 359,9	100,0	100,0	100,0	100,0
Bevölkerung in Privathaushalten								
1 Person	181,6	237,2	306,1	328,0	5,2	6,5	8,4	9,1
2 Personen	556,0	639,4	786,0	791,4	16,1	17,6	21,5	21,9
3 Personen	772,5	740,1	778,8	813,6	22,3	20,3	21,3	22,5
4 Personen	801,2	837,6	862,8	883,6	23,2	23,0	23,6	24,4
5 und mehr Personen	1 148,5	1 185,3	919,0	800,6	33,2	32,6	25,2	22,1
I n s g e s a m t	3 460,6	3 639,6	3 652,7	3 617,2	100,0	100,0	100,0	100,0
Durchschnittliche Haushaltsgröße	3,1	3,0	2,7	2,7				

Personen werden die Angaben wegen eingeschränkter Aussagefähigkeit in Klammern gesetzt. Als Vergleichszahlen werden die Ergebnisse der Volkszählung 1970, teilweise auch die der Volkszählung 1961, herangezogen. Hierbei können die Eckdaten der verschiedenen Tabellen für 1970 nicht völlig übereinstimmen, da die Werte aus verschiedenen Aufbereitungsteilen (Total- und Repräsentativteil) entnommen sind.

Zahl der Einpersonenhaushalte seit 1970 um über 38% gestiegen

Im April 1980 gab es in Rheinland-Pfalz 1 359 900 Haushalte. Das sind 11,8% mehr als 1970 und sogar 21,6% mehr als 1961. Der deutliche Anstieg der Haushaltszahlen ist in erster Linie auf die weit überdurchschnittliche Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte zurückzuführen. So ist die Zahl der Einpersonenhaushalte im letzten Jahrzehnt um 38% gestiegen, gegenüber 1961 sogar um 81%. Die Haushalte, in denen zwei Personen leben, nahmen zwischen 1970 und 1980 um 24% zu. Auch die Drei- und Vierpersonenhaushalte nahmen in den vergangenen zehn Jahren zu, blieben aber mit Steigerungsraten von 9,9% bzw. 5,5% unter dem Landesdurchschnitt (+ 11,8%). Im Gegensatz dazu ging die Zahl der Haushalte, in denen fünf oder mehr Menschen leben, im gleichen Zeitraum um 29% auf 144 100 zurück.

Im Jahre 1970 waren nicht ganz 20% der Haushalte Einpersonenhaushalte, 1980 dagegen bereits über 24%. Lebten vor zehn Jahren in jedem sechsten Haushalt noch fünf und mehr Menschen zusammen, ist das heute nur noch in jedem zehnten Haushalt der Fall. Gleichzeitig stieg der Anteil der Zweipersonenhaushalte von 26 auf 29% an.

Analog zur Veränderung der Haushaltsgröße ergab sich auch eine Veränderung der anteilmäßigen Aufteilung der Bevölkerung auf diese Haushalte. Von den 3 617 200 Menschen, die 1980 in den rheinland-pfälzischen Privathaushalten lebten, wohnten gut 9% allein in einem Haushalt. Zehn Jahre früher hatten erst 6,5%

der Bevölkerung einen Einpersonenhaushalt. Mit einer weiteren Person zusammen bildeten fast 22% der Rheinland-Pfälzer einen Haushalt, 1970 lag dieser Anteil noch unter 18%. In einem Dreipersonenhaushalt wohnten 22,5% (1970: 20,3%) und in einem Vierpersonenhaushalt gut 24% (1970: 23%) der Bevölkerung. Ungefähr jeder Dritte gehörte 1970 zu einem Haushalt, der fünf oder mehr Personen umfaßte, während im Jahre 1980 gerade noch 22% der Menschen in einem Haushalt dieser Größenordnung gelebt hatten.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße, die 1961 noch 3,1 Personen betragen hatte, ging 1970 auf 3 und 1980 auf 2,7 Personen zurück. Der Rückgang dieses Durchschnittswertes ist zu einem bedeutenden Teil auf den starken Anstieg der Zahl der Einpersonenhaushalte zurückzuführen. Betrachtet man nur die Mehrpersonenhaushalte, dann betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 1961 und 1970 noch 3,5 Personen und ging bis 1980 auf 3,2 zurück.

Mehr als 55% der allein lebenden Personen über 65 Jahre alt

Als Haushaltsvorstand gilt in der Statistik die Person, die sich im Erhebungsbogen als Haushaltsvorstand bezeichnet. Ordnen sich bei Ehepaaren beide diesen Status zu, dann wird aus aufbereitungstechnischen Gründen die männliche Person als Vorstand betrachtet.

Von den 1 359 900 Haushalten, die es im April 1980 in Rheinland-Pfalz gab, hatten 4,4% einen Haushaltsvorstand unter 25 Jahren, 1970 waren es erst 3,4% gewesen. Im Alter von 25 bis 35 Jahren standen gut 15% der Haushaltsvorstände (1970 fast 18%), 35- bis 45jährig waren in beiden Erhebungsjahren nicht ganz 20% der einem Haushalt vorstehenden Personen. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der zwischen 45 und 55 Jahre alten Haushaltsvorstände von knapp 16% auf ungefähr 19%. Ein deutlicher Rückgang war in der Altersgruppe von 55 bis 65 Jahren zu verzeichnen. Waren 1970 noch gut 21% aller Haushaltsvorstände in diesem Alter, erreichte deren Anteil 1980 nur noch

Erwerbsbeteiligung, Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes	1970			1980		
	ins- gesamt	Ein- personen- haushalte	Mehr- personen- haushalte	ins- gesamt	Ein- personen- haushalte	Mehr- personen- haushalte
1 000						
Erwerbstätige	829,2	75,6	753,6	853,2	96,6	756,6
Selbständige	139,1	8,8	130,3	116,4	10,0	106,4
Mithelfende Familienangehörige	12,4	1,6	10,9	4,3	0,5	3,8
Beamte	85,0	6,2	78,8	89,3	9,0	80,3
Angestellte (einschl. Auszubildende)	207,5	27,4	180,1	263,2	39,8	223,4
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	385,1	31,7	353,4	380,0	37,3	342,7
Nichterwerbstätige	389,7	162,3	227,3	506,7	231,4	275,3
Insgesamt	1 218,9	238,0	980,9	1 359,9	328,0	1 031,9
Anteil in %						
Erwerbstätige	68,0	31,8	76,8	62,7	29,5	73,3
Selbständige	16,8	11,6	17,3	13,6	10,4	14,1
Mithelfende Familienangehörige	1,5	2,1	1,4	(.)	(.)	(.)
Beamte	10,3	8,2	10,5	10,5	(9,3)	10,6
Angestellte (einschl. Auszubildende)	25,0	36,2	23,9	30,9	41,2	29,5
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	46,4	41,9	46,9	44,5	38,6	45,3
Nichterwerbstätige	32,0	68,2	23,2	37,3	70,5	26,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

knapp 15%. Den deutlichsten Anstieg hatten die Haushalte, deren Vorstand im Rentenalter (über 65 Jahre) war, zu verzeichnen. Während die absolute Zahl dieser Haushalte im letzten Jahrzehnt um über ein Drittel zunahm, stieg ihr Anteil an der Gesamtzahl von gut 22% auf rund 27%.

Die Zunahme der Einpersonenhaushalte um rund 38% zwischen 1970 und 1980 verteilte sich nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Altersgruppen, sondern zeigt deutliche Schwerpunkte. Bei den unter 25jährigen war die Zunahme der Einpersonenhaushalte mit über 80% am stärksten. Es folgte die Gruppe der 25- bis 35jährigen mit einem Plus von gut 71%. Die Anteile dieser beiden Altersgruppen an der Gesamtzahl der Einpersonenhaushalte stiegen im gleichen Zeitraum von 5,8 auf 7,6% (unter 25 Jahre) bzw. 7,9 auf 9,8% (25 bis 35 Jahre). Einen weit überdurchschnittlichen Anstieg verzeichneten auch die Einpersonenhaushalte von Menschen im Rentenalter. Im April 1980 bildeten 181 500 ältere Menschen allein einen Haushalt, fast 64% mehr als zehn Jahre vorher, gleichzeitig stieg ihr Anteil von nicht ganz 47% auf über 55%.

Unter den Zweipersonenhaushalten hatten wiederum die mit den jüngsten Haushaltsvorständen die größten Steigerungsraten. So wies die Zahl der Haushalte mit zwei Personen und einem Haushaltsvorstand, der jünger als 25 Jahre war, im vergangenen Jahrzehnt mehr als eine Verdoppelung (+ 109%) auf. Es folgten die Haushalte der 25- bis 35jährigen mit einer Zunahme von gut 56%. Die Altersgruppen der 35 bis 45 und 45 bis 55 Jahre alten Vorstände von Zweipersonenhaushalten stiegen mit 40 bzw. 47% ebenfalls noch stark überdurchschnittlich (+ 23,8%). Auch die Zahl der Haushalte mit zwei Personen, deren Haushaltsvorstand im Rentenalter war, nahm noch etwas mehr zu (knapp 28%) als der Durchschnitt. Dagegen verringerten sich die Zweipersonenhaushalte der Haushaltsvorstände im Alter von 55 bis 65 Jahren um über 15%. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der

Zweipersonenhaushalte sank zwischen 1970 und 1980 von gut 30% auf nicht ganz 21%.

Die Gesamtheit der Dreipersonenhaushalte lag 1980 um knapp 10% höher als zehn Jahre zuvor. Dabei beschränkten sich die Steigerungen allein auf die Gruppen der 35- bis 45- und der 45- bis 55jährigen Haushaltsvorstände (+ 38,5 bzw. + 51,1%), während die anderen Altersgruppen mehr oder weniger deutliche Abnahmen zu verzeichnen hatten.

Über 37% der Haushaltsvorstände waren nicht erwerbstätig

Der seit 1970 um knapp 12% gestiegenen Zahl der Haushalte stand bei den erwerbstätigen Haushaltsvorständen nur eine Zunahme um rund 3%, bei den nichterwerbstätigen dagegen um 30% gegenüber. So waren 1980 nur noch 63% der Haushaltsvorstände erwerbstätig, während dieser Anteil zehn Jahre vorher 68% betragen hatte. Gleichzeitig stieg der Anteil der Haushalte, denen eine nicht im Erwerbsleben stehende Person vorstand, von 32 auf gut 37%. Einen maßgeblichen Einfluß übten hier die in Einpersonenhaushalten lebenden Nichterwerbstätigen aus, deren Zahl zwischen 1970 und 1980 um fast 43% zugenommen hat. Hier handelt es sich vorwiegend um alleinstehende ältere Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, und um jüngere Personen, die sich noch in Ausbildung befinden. Aber auch bei den Mehrpersonenhaushalten, deren Vorstand nicht mehr im Berufsleben stand, war die Steigerung zwischen 1970 und 1980 mit rund 21% weit höher als bei der Gesamtheit dieser Haushalte (+ 5,2%). Die Anteile der nichterwerbstätigen Haushaltsvorstände lagen 1980 mit über 70% bei Ein- und mit fast 27% bei Mehrpersonenhaushalten höher als im Jahre 1970 (68 bzw. 23%).

Eine Aufteilung der erwerbstätigen Haushaltsvorstände nach ihrer beruflichen Stellung zeigt für Ein- und Mehrpersonenhaushalte deutliche Unterschiede. Von den alleinlebenden Personen, die im Erwerbs-

leben standen, waren 1980 gut 10% als Selbständige tätig (1970: knapp 12%). Als Angestellte verdienten gut 41 und als Arbeiter nicht ganz 39% ihren Lebensunterhalt. Zehn Jahre vorher betrugen diese Anteile rund 36 bzw. 42%. Erwerbstätige Haushaltsvorstände von Mehrpersonenhaushalten waren im Jahre 1980 zu 14% selbständig (1970 über 17%). Mit knapp 30% Angestellten lag deren Anteil 1980 deutlich höher als ein Jahrzehnt vorher (24%). Der Prozentsatz der Arbeiter nahm dagegen in diesem Zeitraum von 47 auf gut 45% ab.

Zwischen 1970 und 1980 fast 15% Zunahme der kinderlosen Familien

Anders als beim Privathaushalt, bei dem das gemeinsame Wohnen und Wirtschaften einer Personengruppe als Abgrenzungskriterium gilt, ist die Familie als Eltern-Kind-Gemeinschaft definiert. Dabei zählen nur ledige Kinder zur Familie. Als Familie werden neben den Ehepaaren mit Kindern auch solche ohne Kinder gezählt. Ebenso gelten alleinstehende Mütter oder Väter, die mit ihren Kindern zusammenleben, sowie Verwitwete und Geschiedene ohne Kinder als Familien. Als vollständige Familien werden Ehepaare ohne oder mit ledigen Kindern angesehen. Diese Familiendefinition führt dazu, daß in einem Haushalt mehrere Familien leben können.

Im April 1980 gab es in Rheinland-Pfalz 1 318 400 Familien, 5,7% mehr als 1970 und 10,7% mehr als 1961. Fast in jeder zweiten Familie (49,5%) lebten keine ledigen Kinder, zehn Jahre vorher belief sich dieser Anteil auf 45,7%, 1961 erst auf 41,6%. Bei den kinderlosen Familien waren im Zeitablauf deutliche Steigerungsraten zu verzeichnen, während gleichzeitig die Zahl der Familien mit Kindern rückläufig war. Im Jahre 1980 gab es 14,6% mehr Familien ohne Kinder, aber 1,7% weniger Familien mit Kindern als 1970. Gegenüber 1961 betrug die Zunahme bei den kinderlosen Familien sogar 31,6%, die Abnahme bei denen mit Kindern 4,2%.

Die 666 000 Familien, in denen im Frühjahr 1980 insgesamt 1 209 500 ledige Kinder jeden Alters lebten, hatten zu über 46% nur ein Kind. Zwei Kinder lebten in gut 35% der Familien, in über 12% wurden drei ledige Kinder gezählt. Vier oder mehr Kinder hatten 6% der Familien. Zehn Jahre vorher lag der Anteil der Ein-Kind-Familie mit gut 43% noch niedriger, auch die Zwei-Kinder-Familien machten erst ein Drittel aller Familien mit Kindern aus. Jede siebte Familie hatte drei und nicht ganz jede elfte vier oder mehr Kinder. Diese Änderungen schlugen sich auch in der durchschnittlichen Zahl der Kinder je Familie nieder. Lebten 1970 in 100 Familien, die Kinder hatten, noch durchschnittlich 200 Kinder, so waren es 1980 nur 180, ein Rückgang um rund 10%. Einschränkung muß allerdings hervorgehoben werden, daß dieser Durchschnittswert nur die Verhältnisse am jeweiligen Erhebungsstichtag angibt, aber keine genaue Aussage über die Zahl der Kinder zuläßt, die tatsächlich in einer Familie geboren werden und dort aufwachsen. So können in einer Familie, für die bei der Erhebung keine ledigen Kinder ausgewiesen werden, verheira-

Familien mit in der Familie lebenden ledigen Kinder
1961 - 1980

Zahl der Kinder in der Familie		Familien mit Kindern			
		ohne Alters- be- grenzung	unter 18 Jahre	unter 15 Jahre	unter 6 Jahre
		1 000			
1961					
1		332,7	246,7	223,2	173,5
2		220,3	158,7	141,3	55,1
3		90,5	62,3	53,9	11,1
4 und mehr	Familien Kinder	51,4	34,9	28,2	2,0
		236,6	159,9	128,6	8,1
Insgesamt	Familien Kinder	694,9 1 281,4	502,5 910,9	446,6 796,1	241,7 325,1
1970					
1		293,9	230,2	218,5	179,2
2		223,8	180,5	159,0	63,2
3		96,9	78,3	64,2	10,7
4 und mehr	Familien Kinder	63,1	47,9	34,9	1,6
		302,6	226,9	162,4	6,8
Insgesamt	Familien Kinder	677,6 1 334,8	536,9 1 053,0	476,6 891,5	254,7 344,5
1980					
1		307,2	245,9	236,3	128,6
2		236,6	182,3	143,7	37,8
3		82,2	52,6	32,9	(.)
4 und mehr	Familien Kinder	40,0	22,0	11,3	(.)
		182,5	97,9	48,6	(.)
Insgesamt	Familien Kinder	666,0 1 209,5	502,8 866,2	424,2 671,0	169,1 212,6

tete Kinder vorhanden sein oder zukünftig noch Geburten erwartet werden.

Führt man für die in den Familien lebenden Kinder noch bestimmte Altersbegrenzungen ein, dann wird damit eine bessere Übersicht über die vom Alter der Kinder abhängigen Belastungen ermöglicht. Im April 1980 hatten drei Viertel der Familien unter 18jährige Kinder, in nicht ganz zwei Drittel der Familien lebten Kinder im Alter von unter 15 Jahren. Ein Jahrzehnt früher gab es noch in acht von zehn Familien unter 18jährige, in sieben von zehn unter 15jährige Kinder. Am stärksten ging der Anteil der Familien, die noch nicht schulpflichtige Kinder hatten, in diesem Zeitraum zurück. Hatten 1970 noch fast 38% der Familien Kinder dieses Alters, war es 1980 gerade noch ein Viertel.

Erwerbsquote der Mütter zwischen 1970 und 1980 von 32 auf 37% gestiegen

Da die Kinder einer Familie in erster Linie von der Mutter betreut werden, kommt diesem Personenkreis eine besondere Bedeutung zu. Wie bei den Haushalts- und Familienzusammenhängen läßt sich auch die Mutter-Kind-Beziehung nur durch Haushaltserhebungen ermitteln.

Im April 1980 lebten 663 200 Mütter mit ihren ledigen Kindern zusammen in einem Haushalt. Ein Kind hatten nicht ganz 46% von ihnen, zwei Kinder knapp 36% und drei oder mehr Kinder versorgten weniger als 19% der Mütter. Im Jahre 1970 lebten rund 43%

Mütter nach Familienstand und Beteiligung am Erwerbsleben sowie Zahl und Alter der in der Familie lebenden Kinder 1970 und 1980

Zahl und Alter der in der Familie lebenden Kinder	Verheiratete, nicht getrennt lebende Mütter				Ledige, getrennt lebende, verwitwete und geschiedene Mütter			
	insgesamt	Erwerbstätige	Nicht-erwerbstätige		insgesamt	Erwerbstätige	Nicht-erwerbstätige	
	1 000	%			1 000	%		1 000
1970								
Mütter insgesamt	583,0	184,0	31,6	400,0	79,0	30,0	38,0	49,0
nach der Zahl der Kinder								
1 Kind	230,0	80,0	34,8	149,0	54,0	21,0	37,5	35,0
2 Kinder	204,0	63,0	30,9	141,0	16,0	7,0	41,2	10,0
3 und mehr Kinder	150,0	41,0	27,3	109,0	8,0	2,0	25,0	6,0
nach dem Alter der Kinder								
ohne Altersbegrenzung	583,0	184,0	31,6	400,0	79,0	30,0	38,0	49,0
unter 15 Jahre	440,0	135,0	30,7	305,0	31,0	16,0	51,6	15,0
unter 6 Jahre	241,0	67,0	27,8	174,0	11,0	5,0	45,5	6,0
1980								
Mütter insgesamt	590,2	218,1	37,0	372,1	73,0	29,1	39,9	43,9
nach der Zahl der Kinder								
1 Kind	255,3	103,3	40,5	152,0	47,0	17,7	37,7	29,3
2 Kinder	218,8	78,8	36,0	140,0	18,7	(9,3)	(49,7)	(9,4)
3 und mehr Kinder	116,1	36,0	31,0	80,1	(7,3)	(.)	(.)	(5,2)
nach dem Alter der Kinder								
ohne Altersbegrenzung	590,2	218,1	37,0	372,1	73,0	29,1	39,9	43,9
unter 15 Jahre	397,5	147,7	37,2	249,8	29,2	15,6	53,4	13,6
unter 6 Jahre	160,9	53,4	33,2	107,5	(7,7)	(.)	(.)	(.)

der Mütter mit einem Kind, ein Drittel mit zwei und fast ein Viertel mit drei oder mehr Kindern zusammen. Unter 15 Jahre alte Kinder hatten 1980 gut 64% der Mütter (1970: 71%), noch nicht schulpflichtig waren die Kinder von einem Viertel der Mütter (1970: 38%).

Von den 663 200 Müttern waren 1980 rund 89% verheiratet und lebten mit ihrem Mann zusammen, 73 000 (11%) waren ledig, verwitwet, geschieden oder lebten getrennt. Seit 1970 sind hier keine nennenswerten Veränderungen eingetreten. Die Kombination von Familienstand und Kinderzahl zeigt deutliche Unterschiede zwischen den beiden Gruppen von Müttern. So hatten 1980 von den in vollständigen Familien lebenden Müttern gut 43% ein Kind, bei den alleinstehenden Müttern aber über 64%. Zwei Kinder versorgten rund 37% der verheirateten und zusammenlebenden Mütter, aber nur ein Viertel der alleinstehenden hatte diese Kinderzahl. Jede fünfte verheiratete Mutter betreute drei oder mehr Kinder, bei den alleinstehenden Müttern hatte nur jede zehnte diese Aufgabe. Noch nicht schulpflichtige Kinder hatten über 27% der Mütter aus vollständigen Familien, aber weniger als 11% der alleinerziehenden Frauen. Bei den unter 15jährigen Kindern beliefen sich die Anteile auf gut 67 bzw. 40%.

Mehr als 37% der Mütter waren 1980 erwerbstätig (1970: 32%). Damit lag die Erwerbsquote der Mütter wegen der Belastung durch die Kinder erwartungsgemäß unter derjenigen aller 15- bis 65jährigen Frauen (44,5%). Vergleicht man die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 45jährigen Frauen mit derjenigen der

Mütter gleichen Alters, dann fällt der Unterschied mit 51 zu 41% noch deutlicher aus. Unterschiedliche Erwerbsquoten hatten 1980 auch die in einer vollständigen Familie lebenden und die alleinstehenden Mütter. Mit 37 bzw. 40% wurden allerdings keine solch deutlichen Abweichungen registriert wie zehn Jahre früher. Damals gingen knapp 32% der mit ihren Männern lebenden und 38% der übrigen Mütter einer Erwerbstätigkeit nach.

Die Erwerbstätigkeit der Mütter ist außer von ihrer sozialen Stellung hauptsächlich von der Kinderzahl und dem Alter der Kinder abhängig. Daher ist auch die Erwerbsquote bei Müttern, die nur ein Kind zu versorgen haben, höher als im Durchschnitt aller Mütter. Im Jahre 1980 waren 40% der Mütter mit einem Kind erwerbstätig gegenüber gut 37% bei der Gesamtheit der Mütter. Ein Jahrzehnt früher betrugen diese Anteile erst 36 bzw. 32%. Die Erwerbsbeteiligung der Mütter mit zwei Kindern entsprach zu den genannten Zeitpunkten jeweils etwa dem Durchschnittswert. Dagegen lag die Erwerbsquote der Frauen, die drei oder mehr Kinder hatten, sowohl 1970 (27%) als auch 1980 (31%) unter dem Gesamtwert. Ebenfalls unterdurchschnittliche Erwerbsquoten hatten Frauen mit noch nicht schulpflichtigen Kindern. Im Jahre 1970 gingen knapp 29% und 1980 fast 34% von ihnen einer Beschäftigung nach, wobei im gleichen Zeitraum die Gesamtzahl dieser Frauen um ein Drittel abgenommen hat, die erwerbstätigen Mütter aber nur einen Rückgang um 21% verzeichneten.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Straßenverkehrsunfälle 1975 bis 1980

Das Unfallgeschehen im Straßenverkehr wird wesentlich von der Verkehrsbelastung der Verkehrsträger, den Straßen, mitbestimmt. Diese weisen entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung eine unterschiedliche Verkehrsdichte und -zusammensetzung auf. Folglich ergeben sich sowohl in der Struktur als auch in der Entwicklung der Unfallhäufigkeit deutliche Abweichungen nach Straßenkategorien.

Im Verlauf der Jahre 1975 bis 1980 hat die Zahl der Verkehrsunfälle eine stetige Zunahme erfahren. Gemessen an den Nachweisungen der beiden den Berichtszeitraum bestimmenden Grenzzahre (1975: 82 873; 1980: 110 846) ergab sich ein Anstieg um mehr als ein Drittel. Mit dieser Feststellung ist aber die effektive Unfallentwicklung nicht erschöpfend aufgezeigt, weil diese nur bei Gewichtung der Unfalldaten mittels regional bestimmter Bezugskriterien (z. B. Wohnbevölkerung) erkennbar wird. Dies wiederum setzt regional abgrenzbare Verkehrsverläufe voraus, die es nicht gibt. Häufigkeitswerte, welche ungeachtet solch divergierender Bezugsbasen ermittelt werden, dürfen nur als Näherungswerte betrachtet werden. Entsprechend ist auch der aufgrund bevölkerungsbezogener Meßziffern für den Berichtszeitraum sich darstellende Unfallanstieg um 35,2% mit dieser Ungenauigkeit belastet.

Auch die Beurteilung der das Unfallgeschehen tangierenden Straßenverkehrsentwicklung anhand der auf die Einwohner des Landes bezogenen Bestandszahlen über Kraftfahrzeuge leidet unter dem Mangel der ungleichen regionalen Beziehung. Gleichwohl berechtigt die durch diese Werte offenbare Steigerung des Kfz-Bestandes in fast gleichem Ausmaße wie die Zu-

nahme der Unfallhäufigkeit zu der Annahme, daß die vermehrten Unfälle entscheidend durch die Erhöhung des Motorisierungsgrades bewirkt wurden. Eine Aufgliederung der Straßenverkehrsunfälle - deren Gesamtzahl innerhalb des Berichtszeitraumes sich auf rund 604 000 belief - in solche mit Personenschaden (135 000) und solche mit nur Sachschaden (469 000) zeigt eine gegenüber der Verletzungshäufigkeit fast dreieinhalbmal höhere Sachschadenshäufigkeit. Wie das Verhältnis Getötete und Schwerverletzte (64 820) zu den Leichtverletzten (126 200) stellt sich das Verhältnis schwerer (153 000) zu leichtem Sachschaden (316 000); beide Relationen drücken sich etwa in den Anteilen 1 : 2 aus.

Zahl der Verkehrstoten rückläufig

Die stetige Zunahme der Gesamtunfallzahl während des Berichtszeitraumes wurde bewirkt durch das zahlenmäßig starke Gewicht der Unfälle mit nur Sachschaden. Diese stiegen von 62 164 im Jahre 1975 auf 87 672 im Jahre 1980. Tendenziell nach oben entwickelten sich auch die Unfälle mit Personenschaden, deren Rückläufigkeit in den Jahren 1977 bis 1979 mit dem Ergebnis des Jahres 1980 (23 174) unterbrochen wurde. Ein fast analoger Verlauf zeigte sich hinsichtlich der verletzten Personen. Hier wird die Streubreite durch die Zahlen 28 886 (1975) und 32 077 (1977) markiert. Abfallend in der Tendenz hingegen sind die Jahreszahlen der Getöteten. Mit 840 im Jahre 1980 wurde der im Vorjahr registrierte Tiefstpunkt (804) wiederum deutlich überschritten.

Ebenso wie das Ergebnis der Untersuchung des Einflusses der Verkehrsentwicklung auf die der Un-

Unfälle und verunglückte Personen im Straßenverkehr 1970 - 1980

Jahr Monat	Unfälle			Verunglückte		Unfälle			Verunglückte	
	insgesamt	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden	Getötete	Verletzte	insgesamt	mit Personenschaden	mit nur Sachschaden	Getötete	Verletzte
	Anzahl					Veränderung zum Vorjahr bzw. Vormonat in %				
1970	88 793	22 461	66 332	1 209	32 642	12,6	11,2	13,1	11,9	12,5
1971	86 820	21 905	64 915	1 241	31 673	- 2,2	- 2,5	- 2,1	2,6	- 3,0
1972	91 140	22 944	68 196	1 213	33 117	5,0	4,7	5,1	- 2,3	4,6
1973	87 075	21 627	65 448	1 085	30 709	- 4,5	- 5,7	- 4,0	- 10,6	- 7,3
1974	81 264	20 069	61 195	963	27 809	- 6,7	- 7,2	- 6,5	- 11,2	- 9,4
1975	82 873	20 709	62 164	954	28 886	2,9	3,2	1,6	- 0,9	3,9
1976	92 614	22 028	70 586	985	30 390	11,8	6,4	13,5	3,2	5,2
1977	100 504	23 371	77 133	944	32 077	8,5	6,1	9,3	- 4,2	5,5
1978	107 324	23 285	84 039	962	31 911	6,8	- 0,4	9,0	1,9	- 0,5
1979	109 821	22 780	87 041	804	31 000	2,3	- 2,2	3,6	- 16,4	- 2,9
1980	110 846	23 174	87 672	840	31 270	0,9	1,7	0,7	4,5	0,9
1980 Januar	8 093	1 412	6 681	88	1 978	- 15,5	- 24,5	- 13,4	37,5	- 23,8
Februar	7 576	1 509	6 067	69	1 975	- 6,4	6,9	- 9,6	- 9,2	- 0,2
März	8 565	1 745	6 820	60	2 308	13,1	15,6	12,4	- 13,0	16,9
April	8 926	1 860	7 066	61	2 484	4,2	6,6	3,6	1,7	7,6
Mai	10 076	2 430	7 646	71	3 366	12,9	30,6	8,2	16,4	35,5
Juni	9 715	2 223	7 492	66	2 983	- 3,6	- 8,5	- 2,0	- 7,0	- 11,4
Juli	9 096	2 022	7 074	75	2 729	- 6,4	- 9,0	- 5,6	13,6	- 8,5
August	9 047	2 276	6 771	76	3 128	- 0,5	12,6	- 4,3	1,3	14,6
September	9 712	2 299	7 413	93	3 039	7,4	1,0	9,5	22,4	- 2,8
Oktober	10 441	2 094	8 347	81	2 781	7,5	- 8,9	12,6	- 12,9	- 8,5
November	9 581	1 763	7 818	54	2 420	- 8,2	- 15,8	- 6,3	- 33,3	- 13,0
Dezember	10 018	1 541	8 477	46	2 079	4,6	- 12,6	8,4	- 14,8	- 14,1

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte nach der Art des Unfalles und nach Straßenklassen 1980

Unfallart	Ins- gesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen	Andere Straßen	Bundes- auto- bahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen	Andere Straßen
	Anzahl						%				
Unfälle mit Personenschaden											
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	1 274	21	311	236	137	569	1,6	24,4	18,5	10,8	44,7
vorausfährt oder wartet seitlich in gleicher Rich- tung fährt	2 124	268	799	510	181	366	12,6	37,6	24,0	8,5	17,3
entgegenkommt	656	50	187	159	54	206	7,6	28,5	24,3	8,2	31,4
einbiegt oder kreuzt	2 920	13	899	937	381	690	0,4	30,8	32,1	13,1	23,6
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	5 868	10	1 529	1 453	599	2 277	0,2	26,0	24,8	10,2	38,8
Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn	3 046	4	669	598	274	1 501	0,1	22,0	19,6	9,0	49,3
Abkommen von der Fahrbahn nach rechts	199	19	39	66	28	47	9,5	19,6	33,2	14,1	23,6
nach links	3 243	278	931	1 122	466	446	8,6	28,7	34,6	14,3	13,8
Unfall anderer Art	2 445	179	673	845	380	368	7,3	27,5	34,6	15,5	15,1
	1 399	71	308	289	179	552	5,1	22,0	20,7	12,8	39,4
I n s g e s a m t	23 174	913	6 345	6 215	2 679	7 022	3,9	27,4	26,8	11,6	30,3
Unfälle mit schweren Sachschaden											
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	4 842	59	654	671	316	3 142	1,2	13,5	13,9	6,5	64,9
vorausfährt oder wartet seitlich in gleicher Rich- tung fährt	3 646	443	1 388	806	294	715	12,2	38,1	22,1	8,0	19,6
entgegenkommt	1 252	216	430	209	89	308	17,3	34,3	16,7	7,1	24,6
einbiegt oder kreuzt	4 096	9	952	1 265	653	1 217	0,2	23,2	30,9	16,0	29,7
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	10 171	29	2 474	2 227	950	4 491	0,3	24,3	21,9	9,3	44,2
Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	100,0
Abkommen von der Fahrbahn nach rechts	333	129	55	76	29	44	38,8	16,5	22,8	8,7	13,2
nach links	3 482	546	887	964	400	685	15,7	25,4	27,7	11,5	19,7
Unfall anderer Art	2 809	595	691	731	294	498	21,2	24,6	26,0	10,5	17,7
	1 634	226	345	265	114	684	13,8	21,1	16,2	7,0	41,9
I n s g e s a m t	32 266	2 252	7 876	7 214	3 139	11 785	7,0	24,4	22,4	9,7	36,5
Verunglückte											
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	1 581	37	435	309	160	640	2,3	27,5	19,6	10,1	40,5
vorausfährt oder wartet seitlich in gleicher Rich- tung fährt	2 867	442	1 078	670	237	440	15,4	37,6	23,4	8,3	15,3
entgegenkommt	811	74	234	204	65	234	9,1	28,8	25,2	8,0	28,9
einbiegt oder kreuzt	5 115	22	1 812	1 723	635	923	0,4	35,4	33,7	12,4	18,1
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	8 165	16	2 297	2 115	819	2 918	0,2	28,1	26,0	10,0	35,7
Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn	3 497	4	791	699	325	1 678	0,1	22,6	20,0	9,3	48,0
Abkommen von der Fahrbahn nach rechts	263	40	51	84	36	52	15,2	19,4	31,9	13,7	19,8
nach links	4 637	416	1 328	1 647	675	571	9,0	28,6	35,5	14,6	12,3
Unfall anderer Art	3 480	248	950	1 209	589	484	7,1	27,3	34,8	16,9	13,9
	1 694	97	383	370	208	636	5,7	22,6	21,8	12,3	37,6
I n s g e s a m t	32 110	1 396	9 359	9 030	3 749	8 576	4,3	29,2	28,1	11,7	26,7

fallhäufigkeit wegen ungleicher regionaler Bezugsdaten nur eine eingeschränkte Aussage zuläßt, haben auch die Feststellungen der Unfallfrequenz in der Gliederung nach Straßenarten eine bedingte Verwendbarkeit, insbesondere deshalb, weil die zahlenmäßig sehr bedeutenden Unfälle mit leichtem Sachschaden in der Statistik nicht in entsprechender Zuordnung nachgewiesen werden. Diese Darstellung muß sich

daher auf die nach der Straßenklassifikation vorliegenden Ergebnisse der Unfälle mit Personenschaden und mit schwerem Sachschaden beschränken. Ihre Zahl belief sich innerhalb des Berichtszeitraumes auf 288 243.

Eine Gliederung dieser Unfälle des Berichtszeitraumes nach Straßenarten offenbart den höchsten

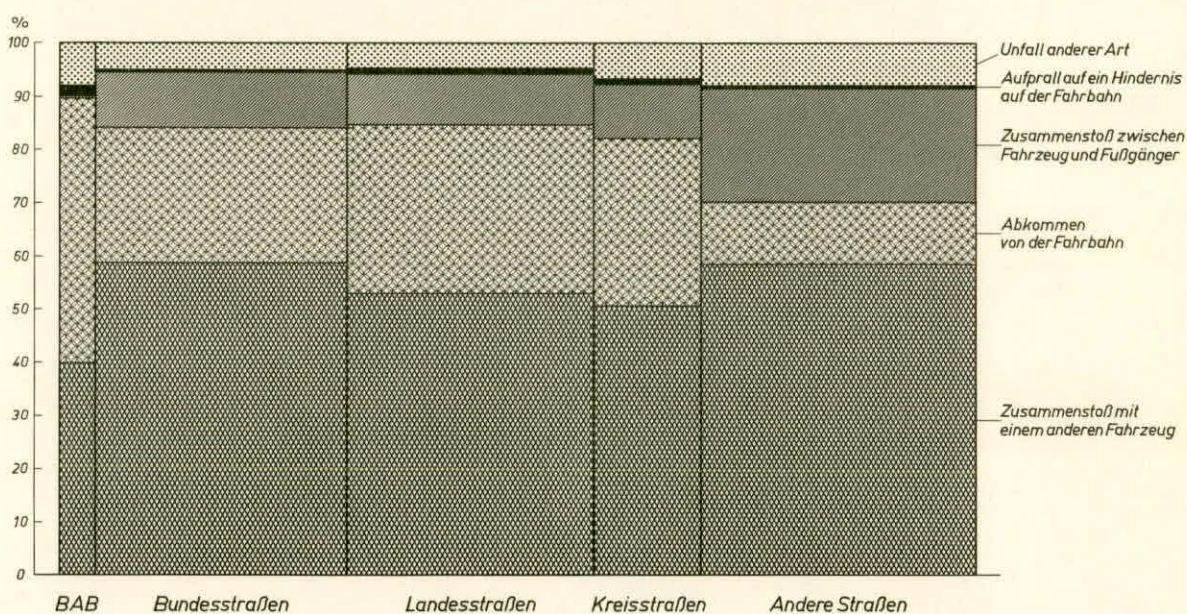
Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte nach der Art des Unfalles und nach Straßenklassen 1980

Unfallart	Ins- gesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen	Andere Straßen	Bundes- auto- bahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen	Andere Straßen
	Anzahl						%				
Getötete											
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	18	2	5	5	4	2	11,1	27,8	27,8	22,2	11,1
vorausfährt oder wartet	36	14	11	6	4	1	38,9	30,5	16,7	11,1	2,8
seitlich in gleicher Rich- tung fährt	19	1	8	6	2	2	5,3	42,1	31,6	10,5	10,5
entgegenkommt	179	1	94	65	13	6	0,6	52,5	36,6	7,3	3,3
einbiegt oder kreuzt	112	1	50	34	21	6	0,9	44,6	30,4	18,7	5,3
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	182	-	64	54	24	40	-	35,1	29,7	13,7	22,0
Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn	2	-	-	2	-	-	-	-	100,0	-	-
Abkommen von der Fahrbahn nach rechts	156	27	37	59	16	17	17,3	23,7	37,8	10,3	10,9
nach links	112	7	27	42	31	5	6,3	24,1	37,5	27,7	4,4
Unfall anderer Art	24	1	6	4	2	11	4,2	25,0	16,7	8,3	45,8
Insgesamt	840	54	302	277	117	90	6,4	36,0	33,0	13,9	10,7
Schwerverletzte											
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	360	9	96	68	39	148	2,5	26,7	18,9	10,8	41,1
vorausfährt oder wartet	576	157	170	138	47	64	27,3	29,5	23,9	8,2	11,1
seitlich in gleicher Rich- tung fährt	184	22	60	42	13	47	12,0	32,6	22,8	7,1	25,5
entgegenkommt	1 667	8	629	562	210	258	0,5	37,7	33,7	12,6	15,5
einbiegt oder kreuzt	2 076	4	605	634	206	627	0,2	29,2	30,5	9,9	30,2
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	1 428	2	339	314	137	636	0,1	23,8	22,0	9,6	44,5
Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn	68	11	13	17	12	15	16,2	19,1	25,0	17,6	22,1
Abkommen von der Fahrbahn nach rechts	1 837	115	538	698	275	211	6,3	29,3	38,0	15,0	11,4
nach links	1 335	71	374	466	246	178	5,3	28,0	34,9	18,4	13,4
Unfall anderer Art	489	24	101	121	71	172	4,9	20,7	24,7	14,5	35,2
Insgesamt	10 020	423	2 925	3 060	1 256	2 356	4,2	29,2	30,5	12,6	23,5
Leichtverletzte											
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	1 203	26	334	236	117	490	2,2	27,8	19,6	9,7	40,7
vorausfährt oder wartet	2 255	271	897	526	186	375	12,0	39,8	23,3	8,3	16,6
seitlich in gleicher Rich- tung fährt	608	51	166	156	50	185	8,3	27,3	25,7	8,2	30,5
entgegenkommt	3 269	13	1 089	1 096	412	659	0,4	33,3	33,5	12,6	20,2
einbiegt oder kreuzt	5 977	11	1 642	1 447	592	2 285	0,2	27,5	24,2	9,9	38,2
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	1 887	2	388	331	164	1 002	0,1	20,6	17,5	8,7	53,1
Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn	193	29	38	65	24	37	15,0	19,7	33,7	12,4	19,2
Abkommen von der Fahrbahn nach rechts	2 644	274	753	890	384	343	10,4	28,5	33,7	14,7	12,9
nach links	2 033	170	549	701	312	301	8,4	27,0	34,5	15,3	14,8
Unfall anderer Art	1 181	72	276	245	135	453	6,1	23,4	20,7	11,4	38,4
Insgesamt	21 250	919	6 132	5 693	2 376	6 130	4,3	28,9	26,8	11,2	28,8

Unfallanteil bei den sogenannten nichtklassifizierten, den Gemeindestraßen. Auf diesen ereigneten sich ein Drittel dieser Unfälle. Einer der Gründe hierfür ist die Gesamtnetzlänge der örtlichen Straßen; mit annähernd 13 000 Kilometer haben sie am Landesstraßennetz einen Anteil von mehr als zwei Fünfteln. Für die Annahme, das Unfallrisiko sei bei den Ortsstraßen

schon ihrer spezifischen Struktur wegen und den dadurch bedingten Verkehrsverläufen ungleich höher als bei den anderen Straßen, findet sich keine Bestätigung. Die je Straßenkilometer ermittelte durchschnittliche Unfalldichte von 1,5 scheint eher das Gegenteil zu beweisen; unter den für die anderen Straßenkategorien ermittelten Häufigkeitsziffern (1980:

Personenschadensunfälle nach Unfallarten und Straßenklassen 1980



Die Breite der Säulen entspricht der Zahl der Fälle

Autobahnen 4,9; Bundesstraßen 4,4; Landesstraßen 1,9; Kreisstraßen 0,7) rangiert dieser Wert an zweit-
letzter Stelle.

Autobahnen haben geringeres Unfallrisiko

Die Unfallzahlen lassen in den einzelnen Jahren bei jeder Straßenart eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung erkennen. Am stärksten ausgeprägt ist diese bei den Autobahnen, deren absolute Unfallhäufigkeit in den Jahren 1975 bis 1980 um fast 80% angestiegen ist. Nach dem Ausmaß der Steigerung folgen die Kreisstraßen (+ 63,5%), dann die Ortsstraßen (+ 53,8%), Landesstraßen (+ 48,7%) und Bundesstraßen (+ 27,2%). Wie wenig genau diese Nachweisungen die tatsächliche Unfallhäufigkeit wiedergeben, demonstrieren die durch Verwendung von Dichteangaben (Unfälle je Straßenkilometer) relativierten Steigerungsraten. Danach ergibt sich eine völlig andere Rangordnung: Es dominieren nunmehr die Ortsstraßen (+ 50,0%), ihnen folgen die Landesstraßen (+ 46,2%), Kreisstraßen (+ 40,0%), die Bundesstraßen (+ 29,4%) und schließlich die nach dem absoluten Häufigkeitsanstieg an erster Stelle stehenden Autobahnen (+ 28,9%). Dies beweist, daß die Zunahme der Unfallhäufigkeit - zumindest soweit es das schwerere Unfallgeschehen betrifft - sehr viel weniger durch das Unfallvorkommen auf den Autobahnen und Bundesstraßen als auf den anderen Straßen bewirkt wurde. Zu berücksichtigen gilt hier insgesamt aber die Erweiterung des Autobahnnetzes in diesen fünf Jahren (+ 38%), während für die übrigen Straßenkategorien keine Veränderung eintrat.

Keine Zunahme der Unfälle mit Personenschaden

Die statistische Ergebnisdarstellung trennt die Unfälle mit Personenschaden von solchen mit schwerem Sachschaden ohne Personenschaden. Soweit es das

Gesamtgeschehen betrifft, überwogen im Berichtszeitraum die reinen Schadensfälle mit 53%. Bei mehr als der Hälfte der schweren Unfälle waren erfreulicherweise keine Todes- oder Verletzungsoffer zu beklagen. Größeres Interesse verdient jedoch die Entwicklung, welche die beiden Gruppen innerhalb des Berichtszeitraumes genommen haben. Während die Unfälle mit Personenschaden in den letzten fünf Jahren zwischen 22 000 und 23 000 variierten, hatten die Unfälle mit nur schwerem Sachschaden eine kontinuierliche Zunahme (+ 90%), was nahezu einer Verdoppelung entspricht. Dieser Zuwachs wurde indes maßgeblich von der Preissteigerung auf dem Kraftfahrzeugmarkt beeinflusst, durch die die Schadensfälle verteuert wurden, und zwar sowohl von der Verteuerung der Kraftfahrzeuge (+ 21%) als auch der Reparaturleistungen (+ 39%), die wiederum maßgeblich von den Lohnsteigerungen hier (+ 30%) bestimmt wurden.

Der Vergleich der Anteile der beiden Unfallgruppen Personen-/Sachschaden in der Gliederung nach Straßenarten läßt bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen keine auffälligen Abweichungen erkennen. Mit einem jeweiligen Anteil von etwa der Hälfte halten sich die beiden Gruppen die Waage. Anders dagegen ist es bei den Unfällen auf Autobahnen und Ortsstraßen. Bei den ersteren belaufen sich die reinen Schadensunfälle auf das Doppelte der Unfälle mit Personenschaden, wobei sich deren Anteil zwischen 1975 und 1980 von 40,8% auf 28,8% veränderte. Weniger günstig zeigt sich das sowohl anteilmäßige Verhältnis als auch die Entwicklung der Anteile der beiden Schadensgruppen bei Ortsstraßen. Hier überwiegen zwar die Sachschadensunfälle mit 57,1% noch deutlich, jedoch in weit geringerem Ausmaße als dies bei den Autobahnen der Fall ist. Der stetigen Zunahme des Anteils der Unfälle auf den Ortsstraßen mit nur Sachschaden steht

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in den Verwaltungsbezirken 1980

Verwaltungsbezirk	Unfälle					Verunglückte		
	ins- gesamt	Unfallfolge Personen- schaden	nur Sach- schaden	Unfallort 1)		Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
Kreisfreie Stadt Koblenz	5 474	856	4 618	1 979	363	15	240	854
Landkreise								
Ahrweiler	3 067	769	2 298	947	791	36	402	669
Bad Neuenahr-Ahrweiler, St	856	189	667	333	87	10	70	148
Altenkirchen (Ww.)	3 092	678	2 414	1 150	658	37	351	618
Bad Kreuznach	3 694	818	2 876	1 297	732	26	350	776
Bad Kreuznach, St	1 579	297	1 282	693	118	7	119	263
Birkenfeld	2 966	560	2 406	832	583	16	218	576
Idar-Oberstein, St	1 317	200	1 117	443	82	3	72	205
Cochem-Zell	1 508	339	1 169	337	452	18	189	296
Mayen-Koblenz	4 986	1 145	3 841	1 648	1 239	45	530	988
Andernach, St	688	167	521	320	100	5	88	132
Mayen, St	852	165	687	375	110	1	56	147
Neuwied	4 509	964	3 545	1 500	976	41	450	865
Neuwied, St	2 225	438	1 787	915	241	10	179	374
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 364	534	1 830	518	714	28	306	449
Rhein-Lahn-Kreis	3 120	710	2 410	1 076	592	20	369	625
Lahnstein, St	666	138	528	247	83	2	61	128
Westerwaldkreis	4 997	1 119	3 878	1 397	1 290	54	508	1 052
RB Koblenz	39 777	8 492	31 285	12 681	8 390	336	3 913	7 748
Kreisfreie Stadt Trier	4 268	664	3 604	1 499	151	11	263	567
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	3 040	600	2 440	608	831	30	344	542
Bitburg-Prüm	2 491	643	1 848	564	692	28	255	680
Daun	1 327	320	1 007	325	388	15	206	226
Trier-Saarburg	2 799	686	2 113	582	838	24	426	593
RB Trier	13 925	2 913	11 012	3 578	2 900	108	1 494	2 608
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	1 481	317	1 164	567	159	9	91	291
Kaiserslautern	5 479	697	4 782	1 529	399	17	264	696
Landau i.d.Pfalz	1 877	340	1 537	714	162	16	127	303
Ludwigshafen a.Rhein	5 845	1 266	4 579	2 553	322	16	362	1 212
Mainz	6 561	951	5 610	2 594	418	24	186	972
Neustadt a.d.Weinstr.	1 836	352	1 484	675	220	10	136	324
Pirmasens	1 644	309	1 335	564	79	8	122	267
Speyer	1 587	363	1 224	623	152	5	129	326
Worms	2 718	564	2 154	1 121	241	22	175	514
Zweibrücken	1 279	252	1 027	524	101	2	94	216
Landkreise								
Alzey-Worms	2 266	516	1 750	655	619	28	229	498
Bad Dürkheim	3 739	830	2 909	1 104	849	25	381	746
Donnersbergkreis	1 612	424	1 188	471	403	11	207	391
Germersheim	2 595	616	1 979	865	583	26	303	507
Kaiserslautern	3 273	745	2 528	916	713	38	306	686
Kusel	1 625	370	1 255	433	328	16	152	362
Südliche Weinstraße	2 820	712	2 108	823	646	31	345	630
Ludwigshafen	2 623	680	1 943	911	575	30	277	643
Mainz-Bingen	3 821	872	2 949	1 322	790	29	369	814
Bingen, St	750	167	583	241	135	7	60	155
Ingelheim am Rhein, St	659	131	528	251	89	-	51	124
Pirmasens	2 463	593	1 870	519	649	33	358	496
RB Rheinhessen-Pfalz	57 144	11 769	45 375	19 483	8 408	396	4 613	10 894
Rheinland-Pfalz	110 846	23 174	87 672	35 742	19 698	840	10 020	21 250
Kreisfreie Städte	40 049	6 931	33 118	14 942	2 767	155	2 189	6 542
Landkreise	70 797	16 243	54 554	20 800	16 931	685	7 831	14 708

1) Ohne Unfälle mit nur Sachschaden unter 1 000 DM bei jedem der Beteiligten.

Straßenverkehrsunfälle, Verunglückte
und Kraftfahrzeugbestand 1971, 1976 und 1980

Berichtsmerkmal	1971	1976	1980
Insgesamt			
Unfälle	86 820	92 614	110 846
mit Personenschaden	21 905	22 028	23 174
mit nur Sachschaden	64 915	70 586	87 672
Verunglückte	32 914	31 375	32 110
Getötete	1 241	985	840
Verletzte	31 673	30 390	31 270
Kraftfahrzeuge	1 062 268	1 329 060	1 660 218
Pkw und Kombis	851 923	1 099 300	1 387 616
1970 = 100			
Unfälle	97,8	104,3	124,8
mit Personenschaden	97,5	98,1	103,2
mit nur Sachschaden	97,9	106,4	132,2
Verunglückte	97,2	92,7	94,9
Getötete	102,6	81,5	69,5
Verletzte	97,0	93,1	95,8
Kraftfahrzeuge	107,9	135,1	168,7
Pkw und Kombis	109,4	141,2	178,2

ein entsprechender Rückgang der Unfälle mit Personenschaden im Verlaufe des Berichtszeitraumes gegenüber. Diese Verschiebung ist gekennzeichnet durch das Absinken des Anteilwertes von 50,7 auf 37,3%.

Bei den rund 290 000 während der Jahre 1975 bis 1980 auf den rheinland-pfälzischen Straßen registrierten folgenschweren Unfällen verunglückten rund 200 000 Personen. Bezogen auf die Gesamtunfälle wurden im Durchschnitt 0,7 Personen, bezogen auf die Unfälle mit Personenschaden (135 347) 1,4 betroffen. Letzter Wert blieb während des Berichtszeitraumes konstant. Eine nennenswerte Verbesserung hat es hier in den vergangenen sechs Jahren nicht gegeben. Diese Aussage gilt für das Unfallgeschehen auf allen Straßen des Landes. Die Abweichungen nach Stufenklassen sind verhältnismäßig gering: Autobahnen 1,6; Bundesstraßen 1,5; Landesstraßen 1,5; Kreisstraßen 1,4; Ortsstraßen 1,2.

Unverändert blieben auch die auf die Gesamtunfälle mit Personenschaden bezogenen Durchschnittswerte der im Straßenverkehr der Jahre 1975 bis 1980 Getöteten (5 489) wie auch der Schwer- und Leichtverletzten (59 331/126 203). Die Stagnation der Häufigkeit von Unfällen mit Personenschaden weist auf eine durch technische Vorkehrungen bewirkte Risikoverminderung hin.

Verletzungsgefährdung bei Autobahnunfällen am höchsten

Analysiert man die unfallbedingte Verletzungshäufigkeit in der Zuordnung nach Straßenkategorien, zeigt sich trotz verhältnismäßig geringer Abweichungen bei den Durchschnittswerten die größte Verletzungsgefährdung bei den Unfällen auf den Autobahnen, die geringste bei denen auf Ortsstraßen. Die mittels Division der Zahl der Betroffenen durch die Zahl der Unfälle mit Personenschaden für die Autobahnen festgestellten Vergleichswerte drücken sich in der Reihenfolge: „Getötete, Schwerverletzte, Leichtverletzte“ mit den Ziffern 0,06:0,46:1,06 aus. Für die Ortsstraßen lauten die Werte 0,02:0,34:0,88. Kaum untereinander

abweichende Zwischenwerte ergeben sich für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Soweit es das Risiko tödlicher Verletzungen betrifft, liegen die Autobahnen auch nach der Berechnung des Anteils der Schweregrade der Verletzungen an erster Stelle. So erlitten 4,1% der auf den Autobahnen des Landes Verunglückten tödliche Verletzungen, 29,1% wurden schwer und 66,8% leicht verletzt. Bei den Unfällen auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen kamen anteilmäßig zwar weniger Personen zu Tode (3,6%, 3,3%, 3,0%), in der Relation größer aber war erstaunlicherweise die Gruppe der Schwerverletzten (31,3%, 33,4%, 33,5%). Analog dem vorstehenden Vergleich hatten wiederum die auf den Ortsstraßen Verunglückten mit 1,4% getöteter, 27,7% schwer- und 70,9% leichtverletzter Personen die relativ günstigste Zusammensetzung.

Die Hälfte aller Todesfälle durch Fahrzeug-zusammenstöße

Zwei Drittel der Unfälle wurden durch Fahrzeug-zusammenstöße verursacht, denen weit mehr als die Hälfte (58,4%) aller Verunglückten zuzurechnen sind, wobei 2% der Betroffenen tödlich verletzt wurden. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Getöteten während des Berichtszeitraumes belief sich auf rd. 45%. Eine naturgemäß besondere Verletzungshäufigkeit ergab sich bei Zusammenstößen zwischen Fahrzeugen und Fußgängern. Obwohl nur etwa jeder 15. Straßenverkehrsunfall der Jahre 1975 bis 1980 hierzu zählte, wurde jeder zehnte unter den Verletzten und jeder vierte im Straßenverkehr Getötete das Opfer dieser Unfallgeschehnisse.

Ein sowohl nach der Zahl als auch nach dem Schaden starkes Gewicht erlangten noch die Unfälle durch Abkommen von der Fahrbahn. Sie machten gut ein Fünftel aus; bei mehr als der Hälfte (54%) dieser Unfälle gab es Verletzungen, welche in hohem Maße tödlich waren (29% aller Getöteten). Auf die Unfälle durch Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn entfiel knapp 1%. Bezüglich der Verletzungshäufigkeit zeigten sie unterdurchschnittliche Werte (0,4% der Getöteten und 0,7% der Verletzten).

Straßenspezifische Abweichungen ergaben sich auf den Autobahnen, wo nicht der Zusammenstoß mit anderen Fahrzeugen (38%) die hauptsächliche Unfallursache bildete, sondern das Abkommen von der Fahrbahn (47,3%). Überdies liegt die für die Aufprallunfälle ermittelte Quote (3,8%) um das Vier- und Fünffache über denen der Unfälle auf den anderen Straßen. Angesichts der hohen Fahrgeschwindigkeiten auf Autobahnen ist die relativ geringe Verletzungshäufigkeit hervorzuheben. Nur 111 von 636 Aufprallunfällen auf den Autobahnen verursachten Personenschaden; von den 183 Verletzten kamen vier zu Tode.

Bei den Landes- und Kreisstraßen ist die etwas stärkere Ausprägung der Unfälle durch Abkommen von der Fahrbahn bemerkenswert. Mit Anteilen von 26% wird der durchschnittliche Anteil (21%) überschritten. Anders ist es bei den Nachweisungen der Unfälle auf den Ortsstraßen. Zwar folgen die einzel-

nen Unfallgruppen in der Rangfolge der Größenordnung dem Gesamtbild, jedoch weichen sie in ihren Quoten von diesem deutlich ab, wie dies die Durchschnittswerte erkennen lassen. Zusammenstoß mit anderen Fahrzeugen 73,1% (65,9%); zwischen Fahrzeugen und Fußgängern 9,9% (6,8%); Aufprall auf ein

Hindernis 0,4% (0,8%); Abkommen von der Fahrbahn 10,3% (21,0%). Die spezifische Straßen- und Verkehrsstruktur der örtlichen Straßen kommt auch in dieser Abweichung sehr auffällig zum Ausdruck.

R. Zirwes

Baulandmarkt 1976 bis 1980

Die Aufhebung der Preisbindung durch das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 ließ ein wachsendes Interesse der Öffentlichkeit an der freien Preisentwicklung erwarten. Dies und die Notwendigkeit, die zur Beurteilung der marktspezifischen Preisverhältnisse und Preisbewegungen erforderlichen Aufschlüsse zu erhalten, war Veranlassung, Mitte 1961 mit der Durchführung der im Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 vorgesehenen Erhebung der Baulandpreise zu beginnen. Jahresergebnisse dieser Statistik liegen seit 1962 vor.

In Anknüpfung an die bereits vorliegenden, jeweils einen mehrjährigen Zeitraum umfassenden Abhandlungen über den Baulandverkehr werden dessen wichtigste Entwicklungstendenzen während der letzten fünf Jahre aufgezeigt.

Erhebungsgegenstand sind alle durch Kauf erworbenen unbebauten Grundstücke im Baugebiet einer Gemeinde mit einem Kaufwert von mehr als 200 DM. Nicht erfaßt werden land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, sofern sie für eine Bebauung nicht vorgesehen sind. Im Gegensatz zu den übrigen Preisstatistiken, die ausnahmslos als Repräsentativstatistiken durchgeführt werden, handelt es sich bei der Statistik der Baulandpreise in den vorgegebenen Grenzen um eine Totalerhebung. Dennoch liefert diese Statistik keinen Aufschluß über angemessene Preise für näher umschriebene Grundstücke oder exakte Nachweise über die Entwicklung der Grundstückspreise. Regionale und zeitliche Preisvergleiche im strengen Sinne bedingen das Vorhandensein gleicher Güterqualitäten. Diese Voraussetzung ist beim Wirtschaftsgut Bauland nicht gegeben, denn trotz der Gliederung der Nachweisungen nach Baulandart, Baugebiet und Gemeindegrößen-

klassen bleiben innerhalb dieser Gruppierungen noch beachtliche Unterschiede nach Lage, Beschaffenheit und Käuferpräferenzen, die sich mit Hilfe des statistischen Instrumentariums nicht erfassen lassen. Ihre Einflüsse fallen natürlich um so stärker ins Gewicht, je geringer die Anzahl von Kauffällen in den einzelnen Gruppen ist.

Aus diesem Grunde befassen sich die folgenden Ausführungen vorwiegend mit zwei Grundstücksarten, dem baureifen Land und dem Rohbauland. Diese stellen mit rund 90% der Verkaufsfälle den weitaus größten Teil der Baulandumsätze in Rheinland-Pfalz und ermöglichen wegen der hier in der Regel genügend großen Anzahl von Fällen, zumindest einen Aufschluß über die längerfristige Preisentwicklung am Baulandmarkt.

Bis 1978 zeigen sowohl die Zahl der Kauffälle als auch die Summe der verkauften Flächen eine aufsteigende, danach abfallende Tendenz. Da im allgemeinen der Grundstücksmarkt auf sich ändernde konjunkturelle Situationen empfindlich reagiert, deutet diese Entwicklung auf einen Parallelverlauf zur konjunkturellen Entwicklung der Gesamtwirtschaft hin. Eine gewisse Bestätigung findet sich darin, daß im Jahre 1978, der Zeit eines beginnenden konjunkturellen Aufschwungs, der Grundstücksverkehr mit 16 274 Kauffällen sein größtes Ausmaß erreichte. Auch beim Flächenumsatz heben sich die Nachweisungen der Jahre 1978 und 1979 mit 15,8 und 16 Mill. m² deutlich von den veräußerten Gesamtflächen der Vorjahre (1977: 12,6 Mill. m²) ab. Die Ende 1979 einsetzende konjunkturelle Abschwächung bewirkte offensichtlich die erwähnte rückläufige Tendenz auf dem Baulandmarkt, welche sich im Absinken der Kauffälle auf 14 381 im Jahre 1980 und ei-

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Grundstücksarten und Baugebieten 1976 - 1980

Jahr	Baureifes Land				Rohbauland				Wohngebiet in offener Bauweise				Dorfgebiet			
	Kauffälle		Fläche		Kauffälle		Fläche		Kauffälle		Fläche		Kauffälle		Fläche	
	Anzahl	Veränderung in %	1 000 m ²	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	1 000 m ²	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	1 000 m ²	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	1 000 m ²	Veränderung in %
1976	9 453	.	7 261	.	1 986	.	2 512	.	7 168	.	5 814	.	5 886	.	5 437	.
1977	10 412	10,1	7 872	8,4	2 004	0,9	2 445	9,7	8 750	22,1	6 898	18,6	5 085	- 13,6	4 689	- 13,8
1978	11 693	12,3	9 469	20,3	2 442	23,0	3 567	45,9	9 876	12,9	8 368	21,3	5 844	14,9	5 685	21,2
1979	10 959	- 6,3	9 140	- 3,5	2 520	26,9	3 777	5,9	10 523	6,6	9 554	14,2	4 581	- 21,6	4 673	- 17,8
1980	9 823	- 10,4	8 630	- 5,6	2 366	19,2	3 676	- 2,7	9 946	- 5,5	8 996	- 5,9	3 751	- 18,1	4 181	- 10,5

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland
nach Grundstücksarten 1976 - 1980

Jahr	Baureifes Land			Rohbauland		
	DM je m ²	Verän- derung in %	1976 = 100	DM je m ²	Verän- derung in %	1976 = 100
1976	36,68	.	100	32,83	.	100
1977	41,68	13,6	114	30,65	- 6,7	93
1978	47,65	14,3	130	29,13	- 5,0	89
1979	52,73	10,7	144	36,74	26,1	112
1980	58,58	11,1	160	33,04	- 10,1	101

ner Verminderung des Flächenumsatzes auf 15,2 Mill. m² ausdrückte.

Vier Fünftel der veräußerten Fläche waren baureifes Land oder Rohbauland

Zu ergänzen ist die skizzenhafte Gesamtentwicklung des Baulandmarktes durch die Darstellung einiger wichtiger Teilmärkte, die sich aus der Gliederung nach verschiedenen Erhebungsmerkmalen ergeben. Dieser Gliederung liegen aus der Zeit von 1976 bis 1980 insgesamt 74 037 Verkaufsfälle mit einer Gesamtfläche von nahezu 72 Mill. m² und einer Kaufsumme von 2,8 Mrd. DM zugrunde. Sie verteilten sich zu 70,7% auf baureifes Land und zu 15,3% auf Rohbauland. Auf Land für Verkehrszwecke entfielen 9,5%, auf Industrieland 2,5% und auf Freiland 2% der Fälle. Wesentlich andere Relationen ergeben sich bei den umgesetzten Flächen, da deren Größen bei den einzelnen Baulandarten sehr unterschiedlich sind. Baureifes Land und Rohbauland stellten mit 86% aller Verkaufsfälle und 81% der insgesamt veräußerten Fläche den überragenden Anteil am gesamten Baulandverkehr. Die Entwicklung auf dem Baulandmarkt wurde durch die restlichen Grundstücksarten nur unwesentlich beeinflusst.

Sieht man von dem unterschiedlichen Steigerungsausmaß der im Jahre 1978 als baureifes Land (+ 20,3%) und Rohbauland (+ 45,9%) veräußerten Flächen einmal ab, so ist keine deutliche Verschiebung der Relationen von einer zur anderen Baulandart erkennbar. Allerdings zeigt die am jeweiligen Anteil der verkauften Gesamtfläche gemessene tendenzielle Entwicklung zwischen baureifem Land und Rohbauland einen konträren Verlauf. So belief sich der Flächenumsatz des Jahres 1976 an baureifem Land auf 60%; bis zum Jahre 1980 verminderte er sich auf 56,9%. Beim Rohbauland steigerte sich dagegen der Anteil von 20,8 auf 24,2%. Ob und in welcher Stärke sich diese Entwicklung fortsetzen wird oder ob sie als Ergebnis von Zufallseinflüssen zu werten ist, läßt sich nicht entscheiden. Es ist denkbar, daß der stärkeren Nachfrage nach Rohbauland spekulative Beweggründe zugrunde liegen.

Gemessen an der jährlichen Veränderung des Flächenumsatzes findet sich bei keiner Baulandart eine kontinuierliche Entwicklung. Der jeweils höchste Umsatz innerhalb des fünfjährigen Berichtszeitraumes wurde beim baureifen Land im Jahre 1978 (9,5 Mill.

m²), beim Rohbauland im Jahre 1979 (3,8 Mill. m²) registriert. Das meiste Industrieland wechselte 1980 (1,9 Mill. m²) den Eigentümer. Beim Land für Verkehrszwecke zeigte sich der höchste Flächenabsatz im Jahre 1976 (0,9 Mill. m²), bei der Freifläche war es wiederum der Umsatz des Jahres 1979 (0,6 Mill. m²).

Wohngebiet mit offener Bauweise am meisten gefragt

Wie bei den Grundstücksarten, so fallen auch in der Aufgliederung nach Baugebieten zwei Schwerpunkte auf: Annähernd 97% der Verkaufsfälle mit fast 90% der veräußerten Gesamtfläche wurden in der Zeit von 1976 bis 1980 im Dorfgebiet und im Wohngebiet mit offener Bauweise abgewickelt. Auf das letztgenannte entfielen allein 62,5% der Fälle und 55,3% der Fläche. Unter den übrigen Baugebieten hatte das Industriegebiet mit einem Anteil von annähernd 10% an der verkauften Gesamtfläche noch eine nennenswerte Bedeutung. Im Wohngebiet mit geschlossener Bauweise und im Geschäftsgebiet - einschließlich des mit Wohngebiet gemischten - blieb die veräußerte Fläche jeweils unter 1% der Gesamtfläche. Daher erlauben diese Nachweisungen keine Aussagen bezüglich einer Veränderungstendenz.

Von dem allgemeinen Rückgang des Baulandverkehrs gegen Ende des Berichtszeitraumes waren die Grundstücke im Wohngebiet mit offener Bauweise weniger stark betroffen als jene im Dorfgebiet. Während die Kauffälle im Dorfgebiet 1979 um annähernd 22%, die dort veräußerten Flächen um fast 18% abnahmen, verzeichnete der Umsatz im Wohngebiet noch ein deutliches Wachstum (Kauffälle + 6,6%, Fläche + 14,2%). Die Verminderung des Umsatzes im Jahre 1980 in beiden Gebieten zeigte sich im Wohngebiet mit einer jeweils an 6% reichenden Abnahmerate bei den Kauffällen und der Fläche sehr viel weniger ausgeprägt als im Dorfgebiet (- 18,1% bzw. - 10,5%).

Gegenläufig entwickelte sich das durchschnittliche Preisniveau im Wohngebiet und im Dorfgebiet. Im Wohngebiet erhöhte sich der Quadratmeterpreis in den Jahren 1976 bis 1980 stetig von 52,09 auf 75,04 DM (+ 44%). Dagegen fiel dieser im Dorfgebiet zwischen 1977 und 1980 (von 22,17 auf 14,94 DM) kontinuierlich um fast ein Drittel. Ursache für diese Preisentwicklung dürfte die zunehmende Bevorzugung von Neubaugebieten sein, welche nicht den landwirtschaftlich strukturierten Dorfgebieten zuzuordnen sind. Diese als Wohngebiete zu deklarierenden Neubaugebiete

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land
nach Baugebieten 1976 - 1980

Jahr	Wohngebiet in offener Bauweise			Dorfgebiet		
	DM je m ²	Verän- derung in %	1976 = 100	DM je m ²	Verän- derung in %	1976 = 100
1976	52,09	.	100	20,08	.	100
1977	52,64	1,1	101	22,17	10,4	110
1978	63,04	19,8	121	21,03	- 5,2	105
1979	67,00	6,3	129	17,98	- 14,5	85
1980	75,04	12,0	144	14,94	- 16,9	74

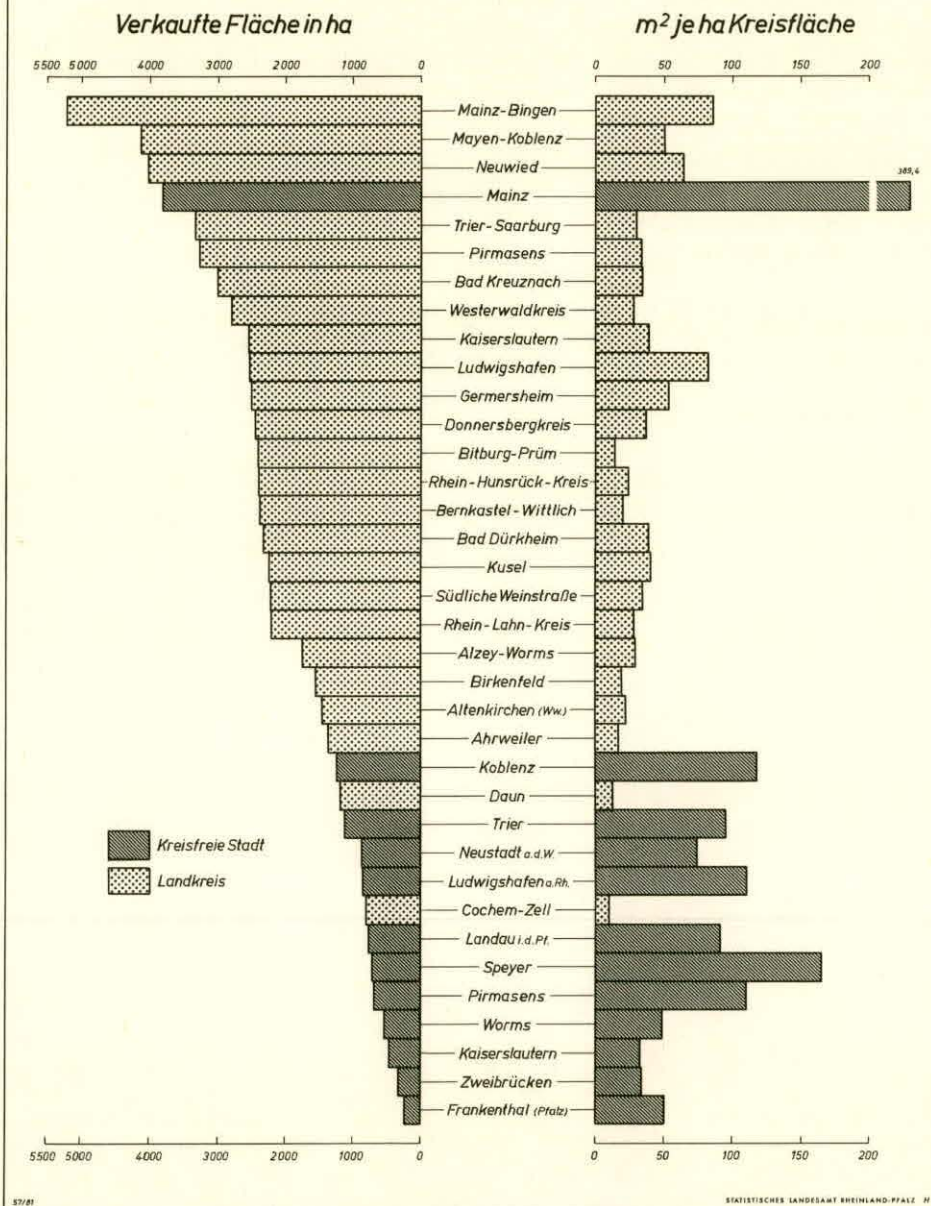
weisen gegenüber den dörflichen Kerngebieten in der Regel wesentlich höhere Wohnwerte auf.

Häufigster Grundstückswechsel in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern

Eine Gliederung des Grundstücksmarktes in Gemeindegrößenklassen zeigt, daß sich immerhin drei Fünftel (60% der Fälle und 58% der Fläche) des gesamten Baulandverkehrs während des Berichtszeitraumes in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern vollzogen. Dies ist auch unter dem Faktum zu werten, daß die Wohnbevölkerung dieser Gemeinden lediglich knapp 46% der Bevölkerung ausmacht. Stark ein Fünftel des Baulandverkehrs entfiel auf Gemeinden mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern, wobei hier die Relation der Bevölkerung dieser Gemeindegrößenordnung (20,6%) von der des Grundstücksverkehrs nur unwesentlich abweicht. Die mittleren Städte zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern sowie die Großstädte waren dagegen lediglich mit 5,5 bzw. 13,7% der Verkaufsfälle sowie 6,1 bzw. 14,4% der veräußerten Gesamtfläche an dem Verkaufsvolumen des Berichtszeitraumes beteiligt. Hier divergiert nur bei den Mittelstädten das Ausmaß des Baulandverkehrs sehr deutlich zu deren Bevölkerungsanteil (11,8%). Sowohl bei den Kauffällen als auch beim Flächenumsatz entspricht die jährliche Verschiebung der Relation zwischen den einzelnen Gemeindegrößenklassen im großen und ganzen der Gesamtentwicklung, wonach die stärksten Aktivitäten in den Jahren 1978 und 1979 lagen. Legt man nur die Kauffälle zugrunde, so zeigt sich lediglich im Jahre 1980 in allen Gemeindegrößenklassen ein Rückgang des Grundstücksverkehrs. Dabei ist in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern die verkaufte Fläche insgesamt stärker zurückgegangen (— 25,4%) als die Anzahl der Verkaufsfälle (— 7%). Hieraus folgt, daß sich die Größe der dort verkauften Grundstücke im Durchschnitt verringert hat.

Eine Untersuchung der Baulandverkäufe innerhalb der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte muß sich

Baulandverkäufe in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1976 - 1980



auf die Gegenüberstellung der Gesamtergebnisse beschränken. Für den Nachweis einer zeitlichen Entwicklung ist das jährliche Verkaufsvolumen in dieser regionalen Gliederung zu gering und infolgedessen stark von Sondereinflüssen gekennzeichnet. Unter den kreisfreien Städten liegt Mainz mit einem Flächenumsatz von 381 ha weit an der Spitze, gefolgt von Koblenz (123 ha) und Trier (112 ha). In allen übrigen kreisfreien Städten blieb der Baulandverkauf in der Zeit von 1976 bis 1980 unter 100 ha, wobei Frankenthal mit 22 ha an letzter Stelle rangiert. Unter den Landkreisen verzeichneten Mainz-Bingen mit 521 ha, Mayen-Koblenz mit 413 ha und Neuwied mit 403 ha die flächenmäßig stärksten Baulandumsätze, während die in ihrer wirtschaftlichen Struktur sehr unterschiedlichen Verwaltungsbezirke Altenkirchen (146 ha), Ahr-

Jahr	Kauffälle		Fläche		Kaufsumme		Kaufwert je m ²	
	Anzahl	Veränderung in %	1 000 m ²	Veränderung in %	1 000 DM	Veränderung in %	DM	Veränderung in %
1976	13 402	.	12 096	.	377 141	.	31,18	.
1977	14 301	6,7	12 651	4,6	436 057	15,6	34,47	10,6
1978	16 274	13,8	15 780	24,7	595 745	36,6	37,75	9,5
1979	15 679	- 3,7	15 953	1,1	681 766	14,4	42,74	13,2
1980	14 381	- 8,3	15 169	- 4,9	681 929	0,0	44,95	5,2

weiler (134 ha), Daun (119 ha) und Cochem-Zell (81 ha) in der Umsatzskala den Schluß bildeten.

Eine aufschlußreichere Information über die Intensität des Baulandverkehrs innerhalb der Verwaltungsbereiche bieten die Dichtezeffern. Diese drücken das Verhältnis des Flächenumsatzes zur Größe des jeweiligen Verwaltungsbezirkes aus. Erwartungsgemäß heben sich die Dichtezeffern der meisten kreisfreien Städte (ihrer kleineren Gebiete wegen) sehr deutlich von denen der Landkreise nach oben ab, wobei wiederum die Stadt Mainz als besonderer Schwerpunkt des Baulandverkaufs hervorragt. In Mainz wechselten während des Berichtszeitraumes rund 4% der Stadtfläche (389 m² je ha) den Eigentümer. Es folgen die Städte Speyer (165 m²), Koblenz (118 m²), Pirmasens (111 m²) und Ludwigshafen (110 m²). Die geringste Verkaufsdichte unter den kreisfreien Städten wies die Stadt Kaiserslautern mit 33 veräußerten Quadratmetern je Hektar Stadtfläche aus. Unter den Landkreisen lagen die Kreise Mayen-Bingen (86 m² je ha), Ludwigshafen (83 m²), Neuwied (64 m²), Germersheim (54 m²) und Mayen-Koblenz (51 m²) in der Dichte des Baulandverkehrs an der Spitze. Hingegen verzeichneten die Kreise Cochem-Zell, Daun und Bitburg-Prüm mit 11, 13 und 15 m² je Hektar die niedrigsten Dichtezeffern.

Preis für Rohbauland nahezu konstant geblieben

Infolge der starken Heterogenität des Baulandmarktes differieren zwischen den einzelnen Teilmärkten sowohl Preisniveau als auch Preisentwicklung zum Teil sehr beachtlich. Das Preisniveau steigt mit zunehmender Gemeindegrößenklasse an und der Quadratmeterpreis für Bauland in einem Geschäfts- und geschlossenen Wohngebiet ist im allgemeinen höher als etwa im Dorfgebiet. Es soll daher nur auf die Preisentwicklung der beiden bedeutendsten Baulandarten eingegangen werden, da deren Verkaufsfälle eine für die Ermittlung brauchbarer Durchschnittswerte ausreichende Basis darstellen.

Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land stieg von 36,68 DM im Jahre 1976 auf 58,58 DM im Jahre 1980. Dies entspricht einer Steigerung um 59,7%. Dagegen blieb der Preis für Rohbauland nahezu konstant. Er veränderte sich im gleichen Zeitraum geringfügig von 32,83 DM auf 33,04 DM (+ 0,6%). Vergleicht man die Verteuerung des hier in Frage stehenden Baulandmarktes während der letzten fünf Jahre (insgesamt + 50%) mit der Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte im Bundesgebiet (17%), so wird die sehr viel stärkere Preisentwicklung im Grundstücksverkehr offenbar. Bei Zugrundelegung der entsprechenden Steigerungsrate des Preisindex für Wohngebäude (+ 34,1%) ergibt sich ebenfalls ein deutlicher, wenn auch nicht im Ausmaß gleicher Unterschied, welcher den weitaus stärkeren Anstieg der Baulandpreise gegenüber den Bauleistungspreisen zeigt.

Unterschiedlich waren auch die Preisentwicklungen bei den Grundstücksarten in den einzelnen Jahren des Berichtszeitraumes. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land erhöhte sich stetig, und zwar mit Zunahmen zwischen 10,7 und 14,3%. Bei Rohbauland gab es in den Jahren 1977 und 1978 Preisrückgänge um 6,6 und 5%, welche 1979 durch einen Anstieg um 26% abgelöst wurden, der den für diese Grundstücksart bisher höchsten Durchschnittspreis (36,74 DM) bewirkte. Der 1980 notierte Preis lag wiederum um 10% darunter.

Natürliche Personen traten als Erwerber von baureifem Land etwa neunmal stärker in Erscheinung als juristische Personen. Die letztgenannten zahlten für ihren Grunderwerb einen fast doppelt so hohen Durchschnittspreis wie die natürlichen Personen für den Erwerb ihres Baulandes. Dies erklärt sich daraus, daß die Baulandbeschaffung namens einer juristischen Person vornehmlich für die Errichtung von Gebäuden zum Zwecke gewerblicher Nutzung erfolgt, wobei sich diese Grundstücke zumeist in Bereichen höheren Geschäftswertes befinden.

R. Zirwes

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 632	3 639	3 635	3 636	3 637	3 642	3 641
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 896	1 939	1 761	1 693	3 026	1 229 ^p	1 580 ^p	1 967 ^p	2 656 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	5,7	5,7	9,8	4,4 ^p	5,1 ^p	6,6 ^p	8,6 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 900	3 104	3 130	3 124	3 119	2 911 ^p	3 195 ^p	3 051 ^p	2 846 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,2	10,1	10,5	10,1	10,4 ^p	10,3 ^p	10,2 ^p	9,2 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 592	3 631	3 838	3 584	3 660	3 543 ^p	4 131 ^p	3 492 ^p	3 496 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9	12,0	12,4	12,0	11,8	12,7 ^p	13,4 ^p	11,7 ^p	11,3 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	36	40	40	41	46	28 ^p	31 ^p	35 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,6	12,9	12,9	13,5	14,5	10,3 ^p	9,8 ^p	11,6 ^p	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 692	- 527	- 708	- 460	- 541	- 632 ^p	- 936 ^p	- 441 ^p	- 650 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,3	- 1,7	- 2,3	- 1,5	- 1,8	- 2,3 ^p	- 3,0 ^p	- 1,5 ^p	- 2,1 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 947	8 551	8 287	8 418	7 387	6 214	7 468
Ausländer	Anzahl	2 253	2 603	2 785	2 576	2 346	1 614	1 905
Erwerbspersonen	Anzahl	4 182	4 621	5 105	4 895	4 189	3 401	4 243
* Fortgezogene	Anzahl	7 110	7 250	6 748	6 949	5 809	5 711	7 032
Ausländer	Anzahl	1 500	1 586	1 531	1 429	1 204	1 405	1 679
Erwerbspersonen	Anzahl	4 014	4 208	4 206	4 160	3 548	3 532	4 465
* Wanderungssaldo	Anzahl	837	1 301	1 539	1 469	1 578	503	436
Ausländer	Anzahl	754	1 017	1 254	1 147	1 142	209	226
Erwerbspersonen	Anzahl	168	414	899	735	641	- 131	- 222
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 515	11 176	10 013	10 345	9 258	8 767	10 436
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	48 262	50 144	47 004	44 307	40 995	77 786	69 137	64 212	61 470
* Männer	Anzahl	23 121	24 008	22 520	20 460	18 601	44 533	36 950	32 438	29 998
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 396	1 236	876	670	660	3 144	1 385	915	862
Bauberufe	Anzahl	2 064	2 421	2 331	1 955	1 793	6 346	4 915	3 853	3 434
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	17 031	17 979	17 438	16 158	14 815	29 950	27 095	24 897	23 616
Arbeitslosenquote	%	3,7	3,8	3,6	3,4	3,1	5,8	5,2	4,8	4,6
Offene Stellen	Anzahl	15 375	15 683	17 942	18 136	17 079	11 984	12 440	12 332	12 272
Männer	Anzahl	10 052	10 047	11 719	11 604	10 880	7 436	7 724	7 693	7 624
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	587	485	582	529	452	406	580	498	559
Bauberufe	Anzahl	1 366	1 029	1 291	1 268	1 175	605	767	763	736
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 198	6 281	7 227	7 312	6 997	4 249	4 286	4 210	4 283
Kurzarbeiter	Anzahl	4 731	8 558	7 289	7 025	6 641	22 102	20 531	19 081	17 287
Männer	Anzahl	3 095	6 245	5 116	5 457	4 543	16 017	14 133	12 262	11 155
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	673
* Milchkühe	1 000	236	235
* Schweine	1 000	687	695	.	725	.	.	.	702	.
Mastschweine	1 000	238	243	.	238	.	.	.	236	.
* Zuchtsauen	1 000	79	78	.	81	.	.	.	79	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	51	49	.	52	.	.	.	51	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 621	16 413	16 627	14 933	15 582	15 715	17 311	16 820	15 012
* Kälber	Anzahl	393	369	438	367	429	291	302	459	310
* Schweine	Anzahl	109 399	113 707	121 846	105 816	116 464	109 044	118 029	110 244	111 339
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 917	12 411	15 195	11 300	9 744	13 822	13 727	11 539	9 232
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 593	14 061	14 807	13 128	14 199	13 443	14 602	13 928	13 465
* Kälber	t	4 633	4 806	4 957	4 482	4 664	4 611	5 022	4 924	4 351
* Schweine	t	8 836	9 134	9 723	8 529	9 422	8 734	9 466	8 875	8 996
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	49	59	115	41	87	46	57	39	38
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	84	86	95	69	81	84	92
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	95,0	94,2	95,1	96,0	93,9	94,0	94,9	95,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,9	11,1	11,5	12,1	13,0	10,4	11,2	11,9	12,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 899	2 898	2 894	2 899	2 903	2 900	2 900	2 900
* Beschäftigte	1 000	392	397	396	395	395	392	391	390	389
* Arbeiter 2)	1 000	278	282	282	281	280	276	275	275	276
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 261	40 135	41 989	41 082	39 586	38 859	40 110	39 447	38 297
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 006	1 082	990	1 005	1 052	972	1 018	1 034	1 149
* Löhne	Mill. DM	618	664	605	619	658	581	614	631	699
* Gehälter	Mill. DM	388	418	385	386	394	391	404	403	450
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	76	82	80	82	88	90	94	90	86
* Gasverbrauch	Mill. cbm	143	148	159	134	142	177	195	170	153
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	173	214	198	166	175	157	137	128
* leichtes Heizöl	1 000 t	28	23	29	24	19	29	24	20	16
* schweres Heizöl	1 000 t	171	150	185	174	147	146	133	117	112
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 009	992	1 059	1 006	1 010	961	1 033	1 003	995
* Stromerzeugung	Mill. kWh	274	258	311	278	264	254	229	218	206
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 478	5 996	6 460	6 044	5 863	5 928	6 397	6 117	5 855
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 599	1 817	2 016	1 804	1 767	2 021	2 174	2 106	2 013
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	133	134	143	147	139	258	136	145	144
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	137	138	147	150	140	147	142	149	146
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	134	135	144	147	138	143	138	146	144
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	134	129	144	145	132	138	138	147	140
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	105	109	121	121	70	91	118	126
Chemische Industrie	1970 = 100	135	123	143	139	123	147	139	143	127
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	138	145	148	153	145	154	143	155	164
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	140	144	145	148	130	168	148	153	153
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	123	126	133	133	134	129	128	133	128
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	61	69	64	62	71	66	58	58
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	151	155	158	174	163	167	150	149	146
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	111	115	119	132	134	74	100	125	132
Handwerk ⁴⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	106	104	103	.	.	.	102	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	121	133	112	.	.	.	107	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	307	310	385	321	265	386	336	296	302
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 060	2 123	2 184	2 157	2 051	2 298	2 365	2 141	1 932
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	799	870	920	884	876	963	969	867	733
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 550	1 545	1 628	1 578	1 425	1 700	1 713	1 553	1 483
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,4	0,2	0,1	0,0
Gasbezug	Mill. cbm	300	310	386	305	269	400	355	293	244
Gasverbrauch	Mill. cbm	281	283	347	272	239	371	332	275	231
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	73 875	75 413	75 709	75 620	75 547	72 103	73 084 ^D	73 439 ^D	73 590 ^D
Facharbeiter	Anzahl	40 132	40 026	40 345	39 944	39 594	38 347	38 668 ^D	38 969 ^D	39 128 ^D
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 970	17 596	17 490	17 901	18 187	15 917	16 650 ^D	16 760 ^D	16 817 ^D
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 665	9 412	10 007	10 540	10 112	5 707	8 448 ^D	9 534 ^D	9 543 ^D
Privater Bau	1 000	5 950	5 969	6 397	6 706	6 421	3 861	5 358 ^D	5 996 ^D	6 027 ^D
* Wohnungsbau	1 000	4 036	3 932	4 293	4 457	4 258	2 312	3 419 ^D	3 894 ^D	3 944 ^D
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	76	71	64	70	79	28	57 ^D	49 ^D	54 ^D
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 838	1 966	2 040	2 179	2 084	1 521	1 882 ^D	2 053 ^D	2 029 ^D
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 715	3 443	3 610	3 834	3 691	1 846	3 090 ^D	3 538 ^D	3 516 ^D
Hochbau	1 000	766	707	734	737	727	489	674 ^D	751 ^D	700 ^D
Tiefbau	1 000	2 949	2 736	2 876	3 097	2 964	1 357	2 416 ^D	2 787 ^D	2 816 ^D
Straßenbau	1 000	1 687	1 486	1 541	1 696	1 601	678	1 315 ^D	1 548 ^D	1 572 ^D
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	178	169	177	187	113	162 ^D	178 ^D	187 ^D
* Löhne	Mill. DM	143	154	146	155	164	90	138 ^D	155 ^D	162 ^D
* Gehälter	Mill. DM	23	24	23	22	23	23	24 ^D	23 ^D	25 ^D
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	433	552	456	497	533	264	408 ^D	472 ^D	560 ^D

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenspekts = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 336	1 304	1 765	1 239	1 436	941	1 213	1 127	1 231
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 016	945	1 314	894	1 069	639	808	745	840
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	265	297	362	285	289	251	326	335	347
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	62	89	60	78	51	79	47	44
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 306	1 311	1 686	1 277	1 574	941	1 335	1 125	1 235
* Wohnfläche	1 000 qm	212	210	270	206	243	152	218	180	198
Wohnräume	Anzahl	9 912	9 857	12 503	9 516	11 742	7 142	9 967	8 404	9 200
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	314	340	430	326	408	258	371	311	344
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	5	11	2	3	1	4	2	2
Unternehmen	Anzahl	198	200	417	130	175	143	136	146	116
Private Haushalte	Anzahl	1 135	1 100	1 337	1 107	1 258	797	1 073	979	1 113
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	218	226	239	181	265	145	163	148	176
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	879	1 054	636	1 028	342	752	606	722
* Nutzfläche	1 000 qm	147	157	184	115	182	65	127	99	127
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	122	166	168	87	202	65	146	133	146
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	31	39	29	23	60	24	36	20	47
Unternehmen	Anzahl	136	157	171	127	174	116	124	123	127
Private Haushalte	Anzahl	51	31	39	31	31	5	3	5	2
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 076	2 224	2 901	2 073	2 605	1 610	2 306	1 899	2 028
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 552	1 807	1 877	1 918	1 849	1 988	2 228	2 168	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	89	104	99	106	101	120	129	117	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 463	1 703	1 778	1 813	1 748	1 868	2 099	2 052	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	17	19	18	18	16	20	21	...
* Halbwaren	Mill. DM	101	98	111	99	102	142	133	156	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 347	1 588	1 648	1 695	1 628	1 710	1 946	1 874	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	492	536	598	591	570	574	640	666	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	855	1 052	1 050	1 104	1 058	1 136	1 306	1 209	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	760	837	916	925	831	971	983	945	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	129	136	158	145	145	169	167	175	...
Dänemark	Mill. DM	31	30	32	33	31	34	34	35	...
Frankreich	Mill. DM	214	250	270	275	243	270	287	267	...
Griechenland	Mill. DM	19	19	16	18	23	17	23	29	...
Großbritannien	Mill. DM	110	115	127	131	120	138	133	118	...
Irland	Mill. DM	8	7	9	8	7	6	9	7	...
Italien	Mill. DM	125	154	171	176	164	194	182	166	...
Niederlande	Mill. DM	124	126	133	139	120	143	150	148	...
Österreich	Mill. DM	71	86	79	91	83	87	92	88	...
Schweiz	Mill. DM	72	85	90	87	78	100	97	89	...
USA und Kanada	Mill. DM	81	80	83	100	86	87	111	119	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	275	395	361	391	421	417	565	535	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	89	101	114	88	96	92	105	129	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 132	1 412	1 411	1 388	1 458	1 571	1 667	1 512	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	155	168	189	177	171	209	201	188	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	977	1 244	1 222	1 210	1 287	1 362	1 466	1 324	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	605	712	748	711	670	717	865	756	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	154	179	195	155	174	166	188	202	...
Dänemark	Mill. DM	10	12	11	13	12	13	14	14	...
Frankreich	Mill. DM	166	199	223	213	196	205	240	194	...
Griechenland	Mill. DM	4	7	10	11	7	6	7	8	...
Großbritannien	Mill. DM	32	54	60	66	41	40	45	48	...
Irland	Mill. DM	3	6	5	4	4	5	5	3	...
Italien	Mill. DM	101	108	107	116	104	116	153	132	...
Niederlande	Mill. DM	135	147	137	145	138	166	212	154	...
Österreich	Mill. DM	34	48	53	48	44	47	51	56	...
Schweiz	Mill. DM	21	23	29	26	21	22	26	38	...
USA und Kanada	Mill. DM	74	100	90	113	121	104	108	117	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	272	393	365	326	470	536	389	381	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	41	44	24	29	25	29	116	47	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980			1981				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	108	108	107	106
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	208	220	219	218	216
Waren verschiedener Art	1970 = 100	226	241	222	218	220
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	201	220	212	213	221
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	182	195	196	187	191
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	217	224	228	233	222
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	189	204	179	174	173
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	209	198	244	233	207
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	139	140	139	136
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	140	148	144	143	148
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	113	115	117	111	113
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	143	138	143	146	138
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	141	139	123	118	117
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	142	127	159	150	133
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	93	98	104
Teilbeschäftigte	1970 = 100	134	136	128	138	148
* Umsatz	1970 = 100	148	153	131	152	188
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	164	172	135	170	231
Gaststättengewerbe	1970 = 100	136	140	128	139	156
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	318	329	198	305	449
* Ausländer	1 000	58	64	24	47	85
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 194	1 223	726	1 090	1 526
* Ausländer	1 000	172	199	58	136	242
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 656	1 613	1 721	1 812	1 604	1 279	1 499	1 514	...
* Güterversand	1 000 t	1 498	1 502	1 755	1 584	1 614	1 247	1 404	1 645	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 383	13 420	18 959	17 334	15 427	13 942	20 303	18 137	15 420
Kraftfahrzeuge und Motorroller	Anzahl	642	740	1 448	1 750	1 451	913	2 408	2 914	1 883
* Personen- und Kombinationskraft- wagen	Anzahl	12 575	11 516	15 859	14 167	12 692	12 018	16 553	13 951	12 493
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	689	838	822	799	552	754	728	623
Zugmaschinen	Anzahl	375	367	670	462	339	376	446	409	297
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 152	9 237	8 565	8 926	10 075	7 725	8 264	8 774	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 898	1 931	1 745	1 860	2 429	1 291	1 609	1 871	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 253	7 306	6 820	7 066	7 646	6 434	6 655	6 903	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 650	2 676	2 368	2 545	3 436	1 755	2 158	2 552	...
* Getötete	Anzahl	67	70	60	61	71	57	67	52	...
Pkw - Insassen	Anzahl	34	34	41	23	31	40	42	25	...
Fußgänger	Anzahl	14	15	11	15	13	10	18	5	...
* Verletzte	Anzahl	2 583	2 606	2 308	2 484	3 365	1 698	2 091	2 500	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 481	1 477	1 390	1 352	1 729	1 131	1 174	1 322	...
Fußgänger	Anzahl	268	259	263	209	298	237	250	259	...
Schwerverletzte	Anzahl	830	835	734	809	1 071	540	639	766	...
Pkw - Insassen	Anzahl	427	417	397	401	470	327	321	362	...
Fußgänger	Anzahl	118	118	115	91	113	111	109	118	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	45 983	52 902	53 878	54 243	54 623	59 221	60 192	60 331	60 428
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	45 173	51 851	52 734	53 159	53 482	57 934	58 912	59 043	59 131
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	36 550	42 125	43 073	43 380	43 726	47 495	48 163	48 187	48 227
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 624	9 726	9 662	9 779	9 756	10 439	10 749	10 856	10 904
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 380	11 102	11 286	11 286	11 492	12 630	13 015	12 840	12 683
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 171	10 786	10 977	10 992	11 194	12 271	12 609	12 462	12 328
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	208	316	309	294	297	359	406	379	354
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 811	6 365	6 319	6 390	6 414	7 057	7 362	7 444	7 548
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 883	5 321	5 324	5 379	5 391	5 945	6 009	6 013	6 045
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	028	1 044	995	1 011	1 023	1 112	1 353	1 431	1 503
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	29 982	34 384	35 130	35 483	35 577	38 247	38 535	38 759	38 901
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	22 495	26 018	26 772	27 009	27 141	29 279	29 546	29 712	29 853
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 487	8 366	8 358	8 474	8 436	8 968	8 989	9 047	9 047
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	42 302	45 323	45 832	45 320	46 092	49 562	48 777	48 883	49 459
* Sichteinlagen	Mill. DM	6 972	7 183	7 163	6 638	6 965	7 199	6 554	6 959	7 038
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 449	6 680	6 723	6 099	6 338	6 689	6 181	6 448	6 338
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	523	503	440	538	628	509	373	511	700
* Termingelder	Mill. DM	9 752	11 866	13 050	13 367	13 919	16 022	16 517	16 547	17 228
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 539	10 705	11 790	12 191	12 260	14 537	15 060	15 256	15 594
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 213	1 160	1 260	1 176	1 660	1 484	1 457	1 291	1 634
* Spareinlagen	Mill. DM	25 578	26 275	25 619	25 316	25 207	26 342	25 706	25 377	25 193
bei Sparkassen	Mill. DM	14 813	15 201	14 862	14 681	14 619	15 023	14 797	14 589	14 491
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 174	1 202	1 130	1 143	980	1 220	1 320	1 277	1 089
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 035	1 147	1 362	1 447	1 093	1 348	1 773	1 625	1 292
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	38	35	49	33	41	44	32	53	41
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	17 487	10 005	20 395	4 878	6 030	30 280	15 387	18 464	17 577
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	2	-	-	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	882	834	865	871	979	816	971	1 285	1 004
* Wechselsumme	1 000 DM	4 293	5 184	5 560	5 770	7 931	5 993	6 660	7 109	7 130
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 021 729	1 119 293	1 215 087	675 255	976 052	1 163 696	1 189 403	644 253	1 075 822
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	701 283	773 282	949 243	349 944	631 064	759 225	911 739	341 705	699 777
Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	416 416	515 079	313 811	310 045	581 201	714 625	320 313	323 756	643 693
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	67 459	108 527	-	-	255 827	350 662	-	-	279 960
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	161 587	154 712	408 290	5 643	7 438	- 2 626	407 984	- 5 980	7 947
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	13 410	16 351	3 376	11 323	10 216	5 252	3 229	8 260	12 009
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	109 870	87 141	223 765	22 933	32 209	41 974	180 213	15 669	36 128
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	25 899	13 731	-	-	23 033	33 478	-	-	25 808
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	320 446	346 011	265 844	325 311	344 988	404 471	277 664	302 548	376 045
Umsatzsteuer	1 000 DM	221 286	228 992	145 699	209 336	212 945	286 615	121 254	183 028	223 672
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	99 160	117 019	120 145	115 975	132 043	117 856	156 410	119 520	152 373
* Bundessteuern	1 000 DM	137 390	154 241	132 485	123 781	146 570	173 108	162 358	149 049	179 354
Zölle	1 000 DM	8 624	9 232	6 720	8 720	10 455	9 302	14 081	9 640	11 896
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	126 386	133 812	122 517	112 963	134 560	161 172	146 532	137 419	165 324
* Landessteuern	1 000 DM	72 986	67 563	55 445	49 178	85 078	80 047	57 483	54 900	91 249
Vermögensteuer	1 000 DM	15 501	14 826	3 875	3 096	37 710	36 793	5 345	2 837	38 623
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	40 047	34 028	30 274	27 720	30 386	22 049	30 103	32 979	32 838
Biersteuer	1 000 DM	6 242	6 387	5 593	5 684	6 464	5 352	5 271	5 897	6 664
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	468 559	491 895	528 027	.	.	.	424 521	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	8 016	8 046	6 674	.	.	.	6 859	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	69 308	71 639	61 477	.	.	.	57 143	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	333 622	367 982	402 362	.	.	.	322 314	.	.
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	21 658	5 573	20 530	.	.	.	262	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	25 393	27 940	27 336	.	.	.	28 616	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	683 252	728 650	732 530	538 913	652 041	824 302	728 330	527 553	727 780
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	309 411	335 700	420 297	150 610	270 655	325 075	401 204	146 442	300 054
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	216 307	233 563	179 451	219 591	232 873	325 068	164 737	194 898	247 698
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	297	44 931	1 943	1 051	31	37 164	674
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	536 057	565 662	604 068	381 152	506 252	567 601	567 115	378 444	550 854
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	308 085	334 313	419 665	148 481	269 497	323 900	399 729	145 325	298 177
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	134 843	149 640	128 661	138 562	149 734	162 603	109 872	141 055	160 754
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	297	44 931	1 943	1 051	31	37 164	674
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	593 880	705 455	729 249	.	.	.	631 160	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	216 181	281 635	308 638	.	.	.	246 532	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	242 761	299 907	294 945	.	.	.	282 422	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976=100	110,9	117,0	115,6	116,3	116,8	121,2	122,0	122,8	123,3
* Nahrungs- und Genußmittel	1976=100	108,2	112,7	111,8	112,6	113,0	116,2	116,9	118,4	118,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976=100	121,1	134,1	.	.	134,5	138,4
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	489	516	.	544
* Männliche Arbeiter	DM	523	554	.	581
* Facharbeiter	DM	553	586	.	615
* Angelernte Arbeiter	DM	501	530	.	556
* Hilfsarbeiter	DM	423	453	.	474
* Weibliche Arbeiter	DM	346	366	.	386
* Hilfsarbeiter	DM	334	364	.	374
Bruttostundenverdienste	DM	11,59	12,28	.	12,96
* Männliche Arbeiter	DM	12,23	12,99	.	13,67
* Facharbeiter	DM	12,92	13,70	.	14,38
* Angelernte Arbeiter	DM	11,73	12,46	.	13,17
* Hilfsarbeiter	DM	10,02	10,70	.	11,29
* Weibliche Arbeiter	DM	8,69	9,20	.	9,74
* Hilfsarbeiter	DM	8,34	8,88	.	9,47
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,9	.	42,0
* Männliche Arbeiter	Std.	42,6	42,5	.	42,5
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,7	.	39,6
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 475	2 615	.	2 791
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 210	2 345	.	2 499
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 704	2 861	.	3 060
* männlich	DM	1 745	1 856	.	1 964
* weiblich	DM	3 098	3 259	.	3 463
* Technische Angestellte	DM	3 173	3 337	.	3 549
* männlich	DM	2 132	2 246	.	2 331
* weiblich	DM	2 871	3 028	.	3 228
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 584	2 735	.	2 921
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 037	3 221	.	3 457
* männlich	DM	2 047	2 165	.	2 279
* weiblich	DM	3 153	3 313	.	3 521
* Technische Angestellte	DM	3 218	3 381	.	3 596
* männlich	DM	2 243	2 351	.	2 447
* weiblich	DM	1 988	2 114	.	2 246
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 974	2 099	.	2 231
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 449	2 593	.	2 755
* männlich	DM	1 586	1 693	.	1 797
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 359	61 566 ^P	61 481	61 497	61 517
Eheschließungen 1)	Anzahl	28 735	30 151	21 219 ^P	26 239 ^P	26 132 ^P	15 684 ^P	19 056 ^P	24 954 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 499	51 721	48 113 ^P	49 657 ^P	50 357 ^P	50 183 ^P	48 829 ^P	52 732 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 311	59 510	57 715 ^P	61 756 ^P	58 485 ^P	61 680 ^P	58 039 ^P	66 209 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	— 10 812	— 7 788	— 9 602 ^P	— 12 099 ^P	— 8 128 ^P	— 11 497 ^P	— 9 210 ^P	— 13 477 ^P	...
Arbeitslose	1 000	876	889	993	876	825	1 309	1 300	1 210	1 146
Männer	1 000	417	426	527	434	389	729	724	643	573
Offene Stellen	1 000	304	308	313	337	346	228	239	247	242
Männer	1 000	198	198	203	218	222	139	145	151	149
Kurzarbeiter	1 000	88	137	102	94	92	402	374	405	360
Männer	1 000	59	98	76	69	64	299	267	285	238
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 374	22 553	.	.	23 633	.	.	.	23 274
Schlachtmenge 4)	1 000 t	364	373	334	375	354	377	341	382	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	123	123	131	132	110	123	123	129
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	125	128	133	134	117	130	128	131
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	121	122	124	129	131	111	125	124	128
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	125	122	127	133	132	108	122	124	125
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	121	124	124	131	133	110	129	127	132
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	120	122	130	128	111	119	118	122
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	126	130	124	126	133	128	134	131	138
Baugewerbe	1970 = 100	109	107	88	112	120	61	74	88	113
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 608	7 660	7 650	7 662	7 649	7 555	7 536	7 530	7 502
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	771	762	783	806	788	721	733	772	747
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	92 121	99 639	97 531	104 346	101 000	93 574	98 607	108 473	102 604
Auslandsumsatz	Mill. DM	22 131	24 198	23 484	25 637	24 256	22 266	24 618	27 723	26 157
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	31 015	30 731	36 830	34 011	30 516	36 063	33 490	33 665	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 780	3 554	4 508	4 164	3 748	3 953	3 634	3 979	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 240	1 263	1 209	1 261	1 273	1 193	1 174	1 208 ^P	1 222 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	144	145	126	157	165	74	91	137 ^P	157 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 673	9 374	5 126	7 436	8 281	5 654	5 503	7 250 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 220	16 378	16 171	18 158	18 063	11 460	11 606	16 493	15 690
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 124	15 191	15 084	16 977	16 867	10 411	10 668	15 207	14 434
Wohnfläche	1 000 qm	3 095	2 926	2 855	3 146	3 146	2 163	2 145	3 025	2 880
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 282	3 239	2 824	3 325	3 269	2 410	2 227	2 902	2 880
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 970	31 718	29 964	33 671	32 908	24 566	24 113	33 345	31 892
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	26 218	29 200	29 596	31 292	30 137	27 271	30 160	33 766	...
EG-Länder	Mill. DM	12 962	14 019	15 035	15 962	15 341	13 041	14 741	16 679	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 230	2 290	2 467	2 695	2 593	2 109	2 300	2 606	...
Dänemark	Mill. DM	570	556	600	651	572	492	579	638	...
Frankreich	Mill. DM	3 333	3 885	3 870	4 206	4 229	3 653	4 077	4 690	...
Griechenland	Mill. DM	314	315	273	307	309	270	356	449	...
Großbritannien	Mill. DM	1 753	1 910	2 185	1 981	1 991	1 551	1 885	2 214	...
Irland	Mill. DM	109	111	112	142	125	102	134	165	...
Italien	Mill. DM	2 045	2 495	2 597	2 662	2 565	2 417	2 671	2 876	...
Niederlande	Mill. DM	2 608	2 773	2 931	3 318	2 957	2 447	2 740	3 041	...
Österreich	Mill. DM	1 372	1 605	1 581	1 680	1 607	1 320	1 545	1 742	...
Schweiz	Mill. DM	1 367	1 667	1 739	1 798	1 667	1 504	1 745	1 806	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 935	1 971	2 075	2 181	2 255	1 871	1 909	2 208	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 757	4 315	4 125	4 180	4 198	4 640	4 794	5 286	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 570	1 617	1 560	1 706	1 460	1 489	1 536	1 754	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehauausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	24 347	28 438	29 136	29 287	29 042	28 195	29 296	33 900	...
EG-Länder	Mill. DM	11 976	13 117	14 017	13 923	14 223	13 409	13 683	16 087	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 951	2 039	2 243	2 167	2 409	1 796	1 884	2 310	...
Dänemark	Mill. DM	386	478	519	496	455	399	479	497	...
Frankreich	Mill. DM	2 766	3 049	3 278	3 326	3 219	3 053	3 151	4 150	...
Griechenland	Mill. DM	200	230	205	222	219	210	214	268	...
Großbritannien	Mill. DM	1 435	1 906	1 891	1 957	1 944	2 278	2 102	2 214	...
Irland	Mill. DM	98	127	116	121	121	129	142	141	...
Italien	Mill. DM	2 150	2 257	2 433	2 358	2 424	1 992	2 180	2 499	...
Niederlande	Mill. DM	2 990	3 261	3 332	3 276	3 432	3 552	3 531	4 008	...
Österreich	Mill. DM	701	819	821	840	828	678	797	982	...
Schweiz	Mill. DM	886	1 012	1 006	1 218	1 000	877	943	1 142	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 948	2 443	2 502	2 503	2 527	2 330	2 506	2 964	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 531	5 794	5 974	5 950	5 587	5 681	6 331	6 633	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 337	1 449	1 368	1 304	1 403	1 573	1 187	1 472	...
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	191,6	202,3	178,0	201,7	199,5	183,9 ^P	184,1 ^P	205,7 ^P	206,5 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	160,4	169,8	147,6	158,1	168,3	162,9 ^P	162,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 305	1 428	1 305	1 314	1 325	1 424	1 439	1 446	1 452 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	999	1 098	997	1 008	1 015	1 094	1 106	1 113	1 115 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	306	330	308	306	310	331	333	333	337 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	959	1 011	938	937	935	993	997	990	991 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	478	486	472	463	463	484	480	472	467 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	21 262	22 814	17 172	27 303	17 224	21 077	18 087	27 638	17 187 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	13 445	14 488	8 077	20 205	8 773	11 982	8 655	20 204	8 167 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	8 089	9 297	7 460	7 053	7 536	9 956	8 096	7 481	7 665 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 129	3 066	464	7 824	449	967	188	8 091	- 20 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 017	7 787	8 994	7 076	7 264	9 171	9 304	7 417	7 816 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 250	4 404	5 385	3 640	3 658	5 953	5 742	3 723	3 933 ^P
Bundeszsteuern	Mill. DM	3 723	3 838	3 915	3 069	3 593	1 167	3 624	3 981	3 678 ^P
Zölle	Mill. DM	343	384	384	321	378	294	412	449	440 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 185	3 243	3 107	2 522	3 019	685	2 746	3 295	3 012 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	106,0	112,7	111,2	111,6	111,7	117,6	118,6	119,6	120,3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	96,9	99,3	100,6	100,4	98,5	102,0	102,1	103,1 ^P	102,7 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	108,9	117,1	114,5	115,2	116,6	121,2	122,2	123,3	124,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	120,8	133,7	128,4	.	.	.	137,9	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	121,1	134,1	128,8	.	.	.	138,4	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	120,8	136,2	131,0	.	.	.	138,4	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	110,9	117,0	114,9	115,6	116,3	120,3	121,2	122,0	122,8
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	111,5	111,8	112,6	115,3	116,2	116,9	118,4
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	114,2	120,8	118,6	119,5	119,9	124,0	124,7	125,3	125,7
Wohnungsmiete	1976 = 100	109,8	115,4	113,5	114,1	114,6	117,7	118,1	118,7	119,3
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	124,8	137,6	135,3	135,2	135,9	148,2	151,0	154,9	153,7
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	110,2	116,7	114,6	115,4	115,8	121,2	121,8	122,6	122,7
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	110,0	116,8	114,1	116,1	117,2	119,6	120,5	121,5	123,3
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	112,6	119,1	116,7	117,4	118,1	122,7	123,7	124,4	125,0
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	106,1	108,9	107,7	108,2	108,4	110,6	111,3	111,8	112,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	114,5	123,2	119,2	120,0	120,3	127,6	128,5	128,7	128,8

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Worms bedeutendster Flugplatz in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz starteten im Jahre 1980 insgesamt 143 079 Flugzeuge von Verkehrslandeplätzen und 44 673 von Segelflugplätzen. Das sind 0,9% mehr bzw. 6,6% weniger als im Vorjahr.

Drei Viertel aller Starts von Verkehrslandeplätzen betrafen Motorflugzeuge (+ 1,9%). 13 051 Flugzeuge starteten im gewerblichen (— 18%) und 94 006 im nichtgewerblichen Verkehr (+ 5,5%). Diese Zunahme resultiert hauptsächlich aus den Sportflügen (+ 37%) sowie den Schleppstarts (+ 33%).

Bedeutendster Flugplatz ist Worms mit 21 175 Starts. Koblenz-Winningen, Langenlonsheim, Speyer und Trier-Föhren hatten jeweils mehr als 10 000 Starts. Auf den 28 Verkehrslandeplätzen waren Ende 1980 insgesamt 347 Flugzeuge, 27 Hubschrauber, 39 Motorsegler und 191 Segelflugzeuge stationiert. gz

Höchste Unfalldichte bei den Innerortsstraßen

In den Jahren 1975 bis 1980 hat die Zahl der Straßenverkehrsunfälle eine stetige Zunahme erfahren. Mit 110 846 Unfällen im Jahre 1980 lag die Unfallhäufigkeit auf den Straßen des Landes um mehr als ein Drittel höher als im Jahr zuvor. Die Zunahme der Unfallzahlen dürfte auf den gestiegenen Motorisierungsgrad zurückzuführen sein.

Ausschlaggebend für die Zunahme der Gesamtunfallzahl waren die Unfälle mit nur Sachschaden. Diese stiegen von 62 164 im Jahre 1975 auf 87 672 im Jahre 1980. Häufiger waren auch die Unfälle mit Personenschaden; ihre Abnahme in den Jahren 1977 bis 1979 wurde durch das Ergebnis des Jahres 1980 (23 174) unterbrochen. Ein entsprechender Verlauf zeigte sich bei der Entwicklung der verletzten Personen, die sich im Jahre 1975 auf 28 886 und im Jahre 1977 auf 32 077 beliefen. Insgesamt rückläufig ist die Zahl der Getöteten. Mit 840 Todesfällen im Straßenverkehr wurde im Jahre 1980 allerdings der im Vorjahr registrierte Tiefstpunkt (804) wiederum deutlich überschritten.

Eine Gliederung der folgensweren Unfälle (Personenschaden und nur schwerer Sachschaden) nach Straßenarten zeigt den höchsten Unfallanteil bei den örtlichen Straßen; auf diesen ereigneten sich ein Drittel aller Straßenverkehrsunfälle. Auch bei der Zunahme der Unfälle dominieren die Innerortsstraßen. Unter Zugrundelegung der Dichteziiffern (Unfälle je Straßenkilometer) errechnet sich innerhalb der letzten sechs Jahre ein Anstieg der Unfälle auf den Ortsstraßen um 50%. Es folgen die Landes- (+ 46%) und Kreisstraßen (+ 40%) sowie die Bundesstraßen und die Autobahnen (jeweils + 29%). zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 165

kurz + aktuell

Trunkenheit am Steuer kostete in 9 von 10 Fällen den Führerschein

Die rheinland-pfälzischen Gerichte und Verwaltungsbehörden haben im Jahre 1980 insgesamt 15 651 Personen das Führen von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen vorübergehend oder für immer untersagt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um 5,3%.

In 9 293 Fällen wurde die Fahrerlaubnis entzogen (+ 2,8%). 2 170 Personen waren von zeitlichen Sperren (+ 7,9%) und 3 472 von Fahrverboten betroffen (+ 17%). 716mal mußte die Fahrerlaubnis versagt werden (— 16%).

Trunkenheit am Steuer, ein schuldhaft verursachter Verkehrsunfall, unerlaubtes Entfernen vom Unfallort und Fahren ohne Fahrerlaubnis waren die hauptsächlichsten Gründe bei der Entscheidung. In 8 346 Fällen (90%) führte Trunkenheit am Steuer zur Entziehung der Fahrerlaubnis. gz

Auto-Export im Januar 1981

Im Januar 1981 exportierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 560 Mill. DM Kraftfahrzeuge. Das sind zwei Drittel mehr als ein Jahr zuvor. Der Autoexport hat damit einen Anteil von 30% an der Gesamtausfuhr erreicht. Nahezu zwei Fünftel der Lieferungen waren für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens bestimmt. Europäische und afrikanische Kunden kauften 30 bzw. 20% (EG 21%) der Kraftfahrzeuge. san

6 300 Wohnungen öffentlich gefördert

Im Jahre 1980 wurden in Rheinland-Pfalz 6 273 Wohnungen in die Förderung mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten einbezogen. Das sind 254 Einheiten oder 3,9% weniger als im Vorjahr.

Im traditionellen öffentlich geförderten Wohnungsbau (Erster Förderungsweg) verringerte sich die Zahl der geförderten Wohnungen um 8,7% auf 2 850. Dagegen verzeichnete der Zweite Förderungsweg einen leichten Anstieg um 0,6% auf 3 423 Wohnungen.

Der Finanzierungsbedarf für die geförderten Wohnungen lag mit 1,4 Mrd. DM um 11,5% über dem Vorjahresergebnis. Gut 12% der Mittel stammten aus öffentlichen Haushalten, 51% vom Kapitalmarkt und 37% waren sonstige Mittel, die zu 86% durch Eigenleistungen der Bauherren abgedeckt wurden. Die Kapitalmarktmittel stammten zu 53% von Sparkassen und zu 24% von Bausparkassen.

Der starke Anstieg der Bau- und Finanzierungskosten hat auch im sozialen Wohnungsbau zu höheren Mieten und Belastungen geführt. So nahm die durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen gegenüber dem Vorjahr von 4,93 DM auf 6,37 DM und die durchschnittliche Belastung je Quadratmeter Wohnfläche für Eigentumswohnungen und eigengenutzte Wohnungen von 6,94 DM auf 8,05 DM zu. ne

Jahresverdienste der Industriearbeiter 1980 um 7,2% gestiegen

Im Jahre 1980 lagen die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter sowie der im Hoch- und Tiefbau Beschäftigten in Rheinland-Pfalz mit 31 411 DM um 7,2% höher als im Jahr zuvor. Die Jahresverdienste der männlichen Industriearbeiter stiegen um 6,9% auf 33 549 DM, die der weiblichen um 7,1% auf 22 185 DM. Die Bruttojahresverdienste der Angestellten betrugen 44 820 DM (+ 7,1%). Männliche Industrieangestellte verdienten 49 026 DM (+ 6,8%), weibliche 31 935 DM (+ 7%).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Jahresverdienste aller Angestellten im Schnitt um 5,9% auf 30 784 DM. Männliche Angestellte konnten ihren Verdienst gegenüber 1979 um 5,4% auf 37 449 DM, weibliche Angestellte um 7% auf 24 685 DM steigern. ze

Wohnungsbau weiter rückläufig

Im April 1981 wurden in Rheinland-Pfalz die Baugenehmigungen für 1 899 Wohnungen erteilt. Das sind 174 Wohneinheiten oder 8% weniger als im Vorjahresmonat.

Von Januar bis April 1981 konnten 8 103 Wohnungen zum Bau freigegeben werden. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet dies einen Rückgang von 1 102 Wohnungen (— 12%). Die erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen lagen mit — 1,1% aber nur geringfügig unter dem vergleichbaren Durchschnittswert der letzten drei Jahre. el

Mehr als die Hälfte der veräußerten Grundstücke befand sich in Wohngebieten mit offener Bauweise

In den letzten fünf Jahren wechselten in Rheinland-Pfalz 74 037 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 72 Mill. m² und einem Verkaufswert von 2,8 Mrd. DM den Eigentümer. Von den Verkaufsfällen betrafen 70,7% baureifes Land und 15,3% Rohbauland. Auf Land für Verkehrszwecke entfielen 9,5%, auf Industrieland 2,5% und auf Freiland 2% der Fälle. Baureifes Land und Rohbauland stellten mit 86% aller Verkäufe und 81% der insgesamt veräußerten Fläche den überragenden Anteil am gesamten Baulandverkehr. Die übrigen Grundstücksarten beeinflussen den Baulandmarkt nur unwesentlich.

Auch in der Aufgliederung nach Baugebieten fallen zwei Schwerpunkte auf: Annähernd 97% der Verkaufsfälle mit fast 90% der veräußerten Gesamtfläche wurden in der Zeit von 1976 bis 1980 im Dorfgebiet und im Wohngebiet mit offener Bauweise abgewickelt.

Auf den letztgenannten Bereich entfielen allein 62,5% der Fälle und 55,3% der Fläche. Unter den übrigen Baugebieten hatte lediglich noch das Industrieland mit einem Anteil von fast 10% an der verkauften Gesamtfläche eine nennenswerte Bedeutung.

Im Wohngebiet erhöhte sich der Quadratmeterpreis in den Jahren 1976 bis 1980 stetig von 52,05 auf 75,04 DM (+ 44%). Dagegen fiel dieser im Dorfgebiet zwischen 1977 und 1980 von 22,17 auf 14,94 DM kontinuierlich um fast ein Drittel.

Vom Flächenumsatz her lag die Stadt Mainz unter den kreisfreien Städten mit 381 ha weit an der Spitze, gefolgt von Koblenz (123 ha) und Trier (112 ha). Unter den Landkreisen verzeichneten Mainz-Bingen mit 521 ha, Mayen-Koblenz mit 413 ha und Neuwied mit 403 ha die flächenmäßig stärksten Baulandumsätze. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 171

Ackerland nimmt weiter ab

In Rheinland-Pfalz gibt es 1981 rund 440 000 ha Ackerland. Das sind 2 200 ha oder 0,5% weniger als 1980. Der Getreideanbau ist um 0,2% zurückgegangen. Vergrößerungen der Anbauflächen bei Weizen, Wintermenggetreide, Wintergerste und Hafer stehen Einschränkungen bei Roggen, Sommergerste und Sommermenggetreide gegenüber.

Die Hackfruchtfläche verminderte sich um 2 200 ha auf 49 000 ha. Namentlich der Anbau von Kartoffeln und Runkelrüben nahm weiter ab. Zuckerrüben verzeichneten dagegen eine geringe Zunahme. Futterpflanzen werden auf 28 700 ha angebaut gegenüber 29 300 ha im Vorjahr. Den größten Flächenanteil davon beanspruchte Grünmais mit 17 000 ha. wa

Müller-Thurgau führende Rebsorte

Ende 1979 waren 26% der 63 200 ha umfassenden rheinland-pfälzischen Rebfläche mit der Sorte Müller-Thurgau bestockt. Auf den Riesling entfielen 21%, auf den Silvaner 13% der Fläche. Nennenswerte Sorten mit jeweils mehr als 1 000 ha Anbaufläche waren weiterhin Kerner (6,1%), Scheurebe (5,5%), Morio-Muskat (4,7%), Bacchus (3,8%), Faber (2,9%), Huxelrebe (2,3%), Ruländer (2,1%) und der allerdings nur im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer vorkommende Elbling (1,7%). Die Rotweinsorte Portugieser erreichte mit 2 500 ha rund 4% der Keltertraubenfläche.

Vor 15 Jahren stand die Silvanerrebe noch auf einem Drittel der damaligen Rebfläche von 48 100 ha. Der Riesling beanspruchte 1964 noch knapp 27% und der Portugieser fast 10%. Die Sorte Müller-Thurgau kam erst auf einen Anteil von 23%. Der Elblinganbau blieb weitgehend konstant. Die übrigen meist neueren Rebsorten fanden sich seinerzeit nur auf 6% der Rebfläche. lx

kurz + aktuell

Themen der letzten Hefte

Heft 7/Juli 1980

Entwicklung der kommunalen Finanzen
Zerlegung der Lohnsteuer
Lohnsteuerpflichtiges Einkommen und Besteuerung 1977
Umsatz und Besteuerung 1978
Gebäude, Wohnungen und Mieten 1978
Straßenverkehrsunfälle von Jugendlichen

Heft 8/August 1980

Ausbildungsplätze 1980
Ernteaussichten für 1980
Branchenstruktur der Industrie 1950 bis 1980
Gastronomisches Angebot 1979
Jahresverdienste 1979

Heft 9/September 1980

Keine Volkszählung 1980
Preisindex der Lebenshaltung
Ist die Agrarstatistik zu umfangreich?
Betriebsgrößenstruktur in der Forstwirtschaft 1979
Wohnqualität in Rheinland-Pfalz
Entwicklung und Struktur des Handwerks 1962 bis 1979

Heft 10/Okttober 1980

Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer 1979
Personalwechsel im öffentlichen Dienst 1978/79
Schülerverkehr 1970 bis 1979
Großhandel 1979
Schwangerschaftsabbrüche 1979
Landwirtschaftlicher Grundstücksmarkt 1977 bis 1979
Steuerstatistiken in neuer wirtschaftssystematischer Gliederung

Heft 11/November 1980

Die Wahl zum Neunten Deutschen Bundestag
am 5. Oktober 1980
20 Jahre Verbundprogrammierung
Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten
Campingtourismus 1980

Heft 12/Dezember 1980

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1980
Allgemeinbildende Schulen 1980/81
Zukünftige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung
Ausbaugewerbe 1980
Verlagsgewerbe 1978

Heft 1/Januar 1981

Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1960 bis 1980
Bauwirtschaft im Konjunkturverlauf
Regionale Gasversorgung 1979
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1980
Das einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1977

Heft 2/Februar 1981

Investitionen und wirtschaftliches Wachstum
Auszubildende 1979
Preisindex der Lebenshaltung in der Bundesrepublik
Deutschland und in den USA
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1980
Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen in der
Land- und Forstwirtschaft 1979

Heft 3/März 1981

Erweiterte Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz
Regionalstatistischer Pressedienst über den Computer
Maschinelle Auswertung von Forsteinrichtungsdaten
Arbeitszeit, Ausbildung und berufliche Gliederung 1979
Soziale Struktur der Arbeiter 1978
Einkommensschichtung 1977
Außenhandel mit Nordafrika 1970 bis 1980

Heft 4/April 1981

Lebensstandard 1960 bis 1979
Wohnungsbau in regionaler Sicht
Wohnumfeld und Wohnqualität
Überregionaler Einsatz des Bauhauptgewerbes
Energiepreise 1970 bis 1980
Ausländer 1980
Statistische Grundlagen für Produktivitätsberechnungen

Heft 5/Mai 1981

Öffentliche Ausgaben für das Verkehrswesen seit 1975
Neuverteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer
Die freien Berufe in der Statistik
Soziale Struktur der Angestellten 1978
Struktur der Handelsvermittlung 1979

Heft 6/Juni 1981

Veränderungen im Energieverbrauch
Textil- und Bekleidungsindustrie 1970 bis 1980
Aufnahmeprüfungen an Realschulen und Gymnasien zum
Schuljahr 1980/81
Schulartübergreifende Orientierungsstufe 1980/81
Schulbesuch und abgelegte Abschlußprüfungen 1970 bis 1980
Berufsschüler mit Sonderschulabschluß 1974 bis 1980
Bundesweite Vergleichsmöglichkeiten für regionalstatistische
Daten
Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft 1979

Themen der folgenden Hefte

Bevölkerung 1980
Vermögensteuerpflichtiges Vermögen und seine
Besteuerung 1977
Behinderte 1980
Fahrgastschiffahrt 1970 bis 1980
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel
1978 bis 1980
Struktur der Weinbaubetriebe 1979

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.